



Schriftenreihe des Verbundprojekts
„Postdemokratie und Neoliberalismus“

Discussion Paper Nr. 2

Die Ökonomisierung des Politischen. Entdifferenzierungen in kollektiven Entscheidungsprozessen

Matthias Lemke

www.epol-projekt.de

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

UNIVERSITÄT LEIPZIG



HELMUT SCHMIDT
UNIVERSITÄT

Universität der Bundeswehr Hamburg

ISSN 2363-6335

Zitierweise:

Lemke, Matthias (2012):
Die Ökonomisierung des Politischen.
Entdifferenzierungen in kollektiven Entscheidungsprozessen.
Schriftenreihe des Verbundprojekts Postdemokratie und
Neoliberalismus
Discussion Paper Nr. 2
Helmut-Schmidt-Universität Hamburg (UniBw) und Universität Leipzig

Zusammenfassung

Ökonomisierung beschreibt sowohl die Ergebnis- wie auch die Begründungsdimension einer anhand von Marktlogiken plausibilisierten Politik. Die Begründungsdimension von Ökonomisierung kann – mit Wendy Brown und Michel Foucault – als eine konstruierte und daher variable Rationalität kollektiv verbindlichen Entscheidens begriffen werden. Angesichts der gegenwärtigen hegemonialen Position des Neoliberalismus als ökonomische Begründungsfolie in der Postdemokratie, präsentiert der Artikel die Vorbedingungen sowie die Inhalte dieser deutungsmächtigen Erscheinungsform von Ökonomisierung. Während sie als hegemoniale Begründungsfigur überhaupt erst nach der Aufklärung und der dort erfolgten Emanzipation von Politik und Ökonomie denkbar wird, lässt sich in konkreten neoliberalen Begründungsprojekten seit dem Ende der 1970er Jahre ein gemeinsamer „Markenkern“ entlang der Topoi „weniger Staat/mehr individuelle Verantwortung“ identifizieren. Die durch die Hegemonie neoliberaler Begründungen erzeugte Entdifferenzierung von Begründungsvielfalt in der repräsentativen Demokratie bestätigt den postdemokratischen Krisenbefund einer zunehmend konsensgeprägten Sphäre des Politischen.

Abstract

“Marketization” describes both the results and the reasons of contemporary political decision-making, which seems to be widely based on market logic. This article focuses on the dimension of reasoning. It argues that political reasoning – referring to Wendy Brown and Michel Foucault – can be generally understood as a constructed and variable rationality, which helps to make and enforce political decisions. It further exemplifies that neoliberalism is a distinct and at the moment particularly powerful variety of marketization and can be perceived as the dominant rational in the age of post-democracy. To better understand the neoliberal hegemony, the article discusses its pre-conditions and main characteristics. Getting conceivable only after the Enlightenment and due to the emancipation of politics and economics, there have been – since the 1970’s – two clearly identifiable neoliberal topoi: „less government” and “more individual responsibility“. Also the de-differentiation of (generally accepted) justifications in representative democracies, which goes along with neoliberal hegemony, confirms the post-democratic finding that we are today faced with an increasingly consensual political sphere.

Die Ökonomisierung des Politischen. Entdifferenzierungen in kollektiven Entscheidungsprozessen

„Das Verhältnis der Industrie, überhaupt der Welt des Reichtums, zu der politischen Welt ist ein Hauptproblem der modernen Zeit.“
Karl Marx¹

„Greed, for lack of a better word, is good. Greed is right. Greed works. Greed clarifies, cuts through, and captures, the essence of the evolutionary spirit. Greed, in all of its forms; greed for life, for money, for love, knowledge, has marked the upward surge of mankind and greed, you mark my words, will (...) save (...) that other malfunctioning corporation called the U.S.A.”
Gordon Gekko in dem Film „Wall Street“ (1987)

1. Die Ökonomisierung des Politischen

Der Neoliberalismus ist ohne Zweifel die hegemoniale und gleichzeitig – das zeigt das obige Zitat aus dem mittlerweile zur Ikone gewordenen Film *Wall Street* (1987) an – in der Betonung individueller Marktrationalität auch die radikalste ökonomische Doktrin der jüngeren Gegenwart. Aus dieser Diagnose erwachsen mindestens zwei fundamental wichtige Konsequenzen für die Analyse von Ökonomisierungsprozessen,² wie sie im Rahmen der Postdemokratisierung westlicher Demokratien gegenwärtig diskutiert werden: Erstens

¹ Marx 1844/1970: 382.

² Wenn in der sozialwissenschaftlichen Forschungsliteratur der letzten Jahre von „Ökonomisierung“ die Rede ist dann sind damit in der Regel dreierlei Vorannahmen verbunden: Zum einen wird unter dem Stichwort ein Krisendiskurs geführt (vgl. Rosanvallon 2006, sowie Hessel 2011a, 2011b und Unsichtbares Komitee 2010; ferner, mit Blick auf die Ausschreitungen in England und die Rolle der Protestierenden im August 2011, vgl. Altenried 2012), der sich – zum zweiten – auf die empirisch beobachtbare Praxis der zeitgenössischen repräsentativen Demokratie westlichen Typs (hierfür typisch etwa Klein/Heitmeyer 2011) bezieht. Analysiert wird Ökonomisierung drittens mit Blick auf einen konkreten Anwendungsbereich innerhalb dieses westlichen Demokratiemusters. So liegen für verschiedene Politikfelder Untersuchungen einer jeweils politikfeldspezifisch verorteten Ökonomisierung vor. Hierbei werden häufig bestimmte Maßnahmen oder Entscheidungen isoliert, die als ökonomisch inspiriert betrachtet und die, verglichen mit der sachadäquaten Entscheidungslogik des Politikfeldes, als „korrumpiert“ (Sandel 2012: 9), oder aber als „widerrechtlich“ und „sinnlos“ (so schon Rousseau 2011: 15) bezeichnet werden. Dabei stehen insbesondere solche Politikfelder im Vordergrund, von denen einen gewisse Distanz zu ökonomisch ausgerichteten Entscheidungs- und Argumentationsmodi angenommen wird. Allen drei Vorannahmen sozialwissenschaftlicher Annäherungen an diesen Phänomenbereich ist wiederum gemein, dass sie Ökonomisierung als diskursive Praxis im Ringen um den materiellen Vollzug dieser Praxis denken und somit Begründungs- und Ergebnisdimension grundsätzlich unterscheiden.

handelt es sich beim Neoliberalismus um eine gegenwärtige, mithin also kontingente Erscheinungsform oder Spielart kapitalistischer Ökonomie. Sie kann, in verschiedenen Konkretisierungsformen, seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts eine deutungsmächtige Position für sich beanspruchen. Zweitens übergeht der im synonymen Gebrauch von Neoliberalismus, Kapitalismus und Ökonomisierung auftretende Kategorienfehler die inhaltliche und funktionale Differenz der Begriffe. Während Neoliberalismus nämlich auf der inhaltlichen Ebene einen mit neoliberalen Denkfiguren konformen Begründungsanspruch kapitalistischen Wirtschaftens darstellt, verkörpert Ökonomisierung eine *Entdifferenzierungsfunktion* politischen Begründens³ und damit den Versuch einer Einhegung des Politischen durch Verbreitung von "market values to all institutions and social action",⁴ der angesichts einer offenbar zunehmenden Postdemokratisierung⁵ westlicher Demokratien erfolgreich zu sein scheint.

Angesichts dieser Ausgangslage, in der Ökonomisierung als Vollzugsmodus einer gegenwärtig neoliberal daherkommenden kapitalistischen Agenda erscheint, lässt sich die Frage, die am Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen steht, so formulieren: Was bedeutet Ökonomisierung? Und vielleicht, um noch etwas präziser zu sein, könnte man ergänzen: Was ist eigentlich damit gemeint, wenn gerade im Zusammenhang mit der Postdemokratiedebatte von einer „Ökonomisierung des Politischen“⁶ die Rede ist? In diesem Artikel wird argumentiert, dass Ökonomisierung nicht bloß ein neoliberal inspirierter Maßnahmenkatalog ist, in dessen Gefolge es etwa durch Strategien des *New Public Management* gilt, „den Staat zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen zu machen.“⁷ Die Betrachtung des Neoliberalismus als eine Form von Ökonomisierung in der Postdemokratie darf nicht auf die Praxis- oder Ergebnisebene beschränkt bleiben, sondern muss vielmehr auch danach fragen, wie bestimmte Praktiken oder Ergebnisse von Politik überhaupt zustande kommen oder herbeigeführt werden. Denn in repräsentativen Demokratien, in denen kollektiv verbindliche Entscheidungsfindung begründungspflichtig ist, geht

³ In diesem Zusammenhang spricht Brown (2006: 703) auch von der Tatsache, dass „neoliberalism eliminates political autonomy“.

⁴ Brown 2003: 7.

⁵ Zum Begriff der Postdemokratie und der damit einhergehenden Diagnose, wonach durch Ökonomisierungsprozesse begründet eine Degeneration demokratischer Institutionen zu reinen Kulissen einsetzt, vgl. Crouch 2008: 10: „Der Begriff (Postdemokratie, ML) bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden (...), in dem allerdings konkurrierende Team professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt (...). Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle (...).“; vgl. auch Crouch 2011: 74-77. Kritisch zur analytischen Tragfähigkeit des Begriffes Buchstein/Nullmeier 2006: 16-22. Dass indes die empirische Unterfütterung der Postdemokratiediagnose nach wie vor defizitär ist, gibt Anlass zu weiteren Forschungsanstrengungen.

⁶ Vgl. Pelizzari 2001.

⁷ Wright 1994: 104.

allen politischen Entscheidungen die Einbettung in eine argumentative Erzählung voraus. Wenn etwa neoliberale Politiken umgesetzt werden, dann ist ihnen jeweils eine Argumentations- oder Plausibilisierungsstrategie vorausgegangen, die den Weg etwa für neoliberale Praktiken und Entscheidungen geebnet hat. Dementsprechend soll hier entgegen gegenwärtig weit verbreiteter Ansätze, die Ökonomisierung wegen der Fülle des zu untersuchenden Materials in einem bestimmten Politikfeld verorten und ihre Analyse somit heuristisch auf die Ergebnisdimension verengen,⁸ eine zweite Dimension von Ökonomisierung in den Mittelpunkt rücken. Diese zweite Dimension von Ökonomisierung, die auf die der eigentlichen Entscheidung vorgelagerte Begründung von Politik abzielt, vermag mit Blick auf für die Metaebene öffentlichen Argumentierens zeigen, dass Ökonomisierung als eine polymorphe Strategie zur Übervorteilung kapitalismusaffiner Inhalte in Begründungszusammenhängen begriffen werden kann.⁹ Ökonomisierung vermag es, kollektive Entscheidungsprozesse in beliebigen Politikfeldern argumentativ zu entdifferenzieren, indem sie ein bestimmtes – nämlich gegenwärtig ein *neoliberales* – Präferenzsystem etabliert, das hierzu kompatible Argumente in der Entscheidungsfindung strategisch übervorteilt und Alternativen in Form nicht neoliberaler Optionen ausschließt. Infolge dieser Anlage führen Ökonomisierungsprozesse, von denen hier also nicht die Ergebnis-, sondern die Begründungsdimension im Vordergrund stehen wird, im Bereich ihrer sprachlichen Vermittlung zur Herausbildung hegemonialer Deutungs- und Entscheidungsmuster.

Ökonomisierung als Begründung führt im Vollzug des Politischen insofern zu einer Entdifferenzierung der Argumentationsvielfalt, weil der für die politische Aushandlung und Begründung erforderliche öffentliche Diskurs sowie die der Entscheidung vorgelagerten Deliberationsprozesse grundsätzlich als inhaltlich unbestimmt vorgestellt werden. Gelingt es nun – und der vorliegende Beitrag geht von der Hypothese aus, dass es gelungen ist – dem öffentlichen Diskurs sowie den Deliberationsprozessen eine bestimmte, gegenwärtig eben eine neoliberale, Grundstimmung aufzuoktrozieren, dann wird eine potenziell gegen unendlich gehende Argumentationsvielfalt radikal zugunsten einer deutungsmächtigen, hegemonialen Denkrichtung beschnitten. Vor dem Hintergrund dieser Annahmen und angesichts der eingangs formulierten Fragestellung stellen sich somit zwei zentrale, analyseleitende Fragenkomplexe.

Hinsichtlich der hegemonialen, entdifferenzierenden Wirkung von Ökonomisierung in Begründungszusammenhängen kollektiven Entscheidens gilt es zu klären, unter welchen

⁸ Jüngst mit Blick auf die Sozialpolitik etwa Evers/Heinze 2008 oder, mit Blick auf die Bildungspolitik, Bernhard 2007.

⁹ In diesem Sinne schreibt etwa Ralf Ptak von einer „neoliberalen Implementierungsstrategie“, Christoph Butterwegge von „Rechtfertigung“, „Diskursstrategien“ und „Legitimationstechniken“. Vgl. Ptak 2007: 74 und Butterwegge 2007: 135, 136.

Voraussetzungen eine solche, gegenüber dem Vollzug des Politischen als *übergriffig* zu charakterisierende Praxis überhaupt denkbar ist. Zu welchem Zeitpunkt waren Politik und Ökonomie so weit voneinander emanzipiert, dass ein hegemonialer Übernahmever such des einen durch das andere Lager logisch überhaupt möglich erscheint? Und wie kann das Hegemonialwerden von Begründungsmustern überhaupt gedacht werden?

Im Rahmen der Beantwortung dieser Fragen wird deutlich werden, dass Ökonomisierung nicht bereits in der griechischen Antike im häufig zitierten Dualismus von *polis* und *oikos* verortet werden kann. Denn das Denken der griechischen Antike geht viel zu sehr von der Vorstellung eines kohärenten Kosmos aus, der erst im synergetischen Zusammenwirken von *polis* und *oikos* tatsächlich auch lebbar wird. Erst im Prozess der europäischen Aufklärung, der – etwa bei Locke oder Kant – die Politik und das Politische als durch das Recht garantierten Raum des Ausgleichs von Freiheit und Gleichheit etabliert, beginnt eine Absetzungsbewegung. Republik und Markt avancieren hier zu Sphären unterschiedlicher Rationalität. Während in der Republik das Gemeinschaftsdenken des *Homo politicus* vorherrscht, dominiert im Markt die instrumentelle Vernunft des *Homo oeconomicus*. Erst nachdem diese beiden Sphären als autonom gedacht werden können, ergibt es überhaupt Sinn, eine Übernahme der einen durch die andere zu denken. Konkret vollzieht sich die Hegemonialwerdung ökonomisch akzentuierter Begründungsmuster im öffentlichen Diskurs dabei in ganz unterschiedlichen kommunikativen Praktiken. Anhand des Dispositivbegriffes von Michel Foucault wird verdeutlicht, inwiefern Ökonomisierung als ein *zeittranszendentes* Dispositiv öffentlichen Begründens gedacht werden kann.

Neben diesem ersten Fragekomplex, der insgesamt das *Wie* der Ökonomisierung zum Gegenstand hat, gilt es in einem zweiten Fragekomplex das *Was* zu klären. Genauer geht es um die Herleitung der konkreten hegemonialen Argumentationsinhalte, die im Rahmen der Begründungsdimension von Ökonomisierungsprozessen zum Tragen kommen. Mit Blick auf die eingangs diagnostizierte gegenwärtige Dominanz neoliberaler Begründungsmuster wird aufgezeigt, auf welchen Leitideen diese Spielart des Kapitalismus beruht und welche tagespolitischen Erscheinungsformen eine neoliberal inspirierte kollektive Entscheidungsfindung in den letzten vierzig Jahren angenommen hat.

Wenn Marx, wie zu Beginn dieses Beitrages zitiert, vom Verhältnis zwischen der Welt des Reichtums und der Welt der Politik gesprochen und dieses mit Blick auf seine Gegenwart als hochproblematisch eingestuft hat, dann wird im Laufe der Argumentation deutlich werden, dass diese Problematik wesentlich in einer hegemonialen Praxis des Begründens kollektiv verbindlicher Entscheidungen gründet. Diese Praxis, die gegenwärtig wesentlich eine *neoliberale* ist, entdifferenziert durch die Bevorzugung der *Gier* gegenüber dem *Gemeinwohl* die denkbare Varianz politischen Begründens derart, dass sich eben nicht mehr

das beste Argument durchsetzt, sondern das zu einem bestimmten Präferenzrahmen kompatibelste. Gier wäre aus dieser Perspektive die dominante Handlungsrationale der Postmoderne – daraus resultierende Folgen für die Politik und das Politische können hier nur angedeutet werden.

2. Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie

Die von Pierre Bourdieu eingeführte Terminologie des „kulturellen Kapitals“¹⁰ deutet exemplarisch an, dass die Etablierung eines ökonomischen Präferenzsystems nicht etwa finanz- und wirtschaftsaffinen Gesellschaftsbereichen vorbehalten bleibt, sondern auch auf ökonomisch eher unverdächtige Bereiche übergreifen kann, etwa auf Kultur, Familie, Bildung oder Sport.¹¹ In der Dimension des Begründens von kollektiv verbindlichen Entscheidungen erscheint Ökonomisierung dabei als ein Verlaufs begriff, der durch seine entdifferenzierende Wirkung einen grundlegenden Wandel einleitet, und zwar unabhängig davon, in welchem Politikfeld er sich vollzieht. Im Ergebnis dieses Wandels entsteht eine Gesellschaft, die, wie Karl Polanyi in *The great Transformation* angesichts der kapitalistischen freien Marktwirtschaft argumentiert hat, zu einer Funktion des Marktes degradiert wird.¹² Deren eigentlicher Kern ist nicht mehr das Gemeinwesen, sondern das Geschäft. Auch Michael Sandel hat jüngst auf die sich einstellenden, mehr und mehr beobachtbaren Konsequenzen der amorphen Ubiquität von Ökonomisierungsargumenten hingewiesen:

„We live in a time when almost everything can be bought and sold. Over the past three decades, markets – and market values – have come to govern our lives as never before. We did not arrive to this condition through any deliberate choice. It is almost as if it come upon us.“¹³

Im Zuge ökonomisierungsbedingter Entdifferenzierungen in der Moderne erscheinen Entscheidungsprozesse, die einmal offen waren, unter ökonomisierter, und gegenwärtig also

¹⁰ Vgl. zur Unterscheidung verschiedener Kapitalarten Bourdieu 1996: 195-209.

¹¹ Vgl. ebd.: 150 f.; unter der Überschrift „Die zwei Märkte“ schreibt Bourdieu: „Familie und Schule fungieren als Orte, an denen sich durch die bloße Verwendung die für einen bestimmten Zeitpunkt als nötig erachteten Kompetenzen herausbilden; zugleich und untrennbar damit verbunden als Orte, an denen sich der Preis dieser Kompetenzen herausbildet; D.h., sie fungieren als Märkte, die kraft positiver wie negativer Sanktionen die Leistung kontrollieren (...). Der Erwerb der kulturellen Kompetenz ist mit anderen Worten nicht zu trennen vom unmerklichen Erwerb eines Gespürs für das richtige Anlegen kultureller Investitionen (...).“ Hervorhebungen im Original.

¹² Vgl. Polanyi 1978, 111.

¹³ Sandel 2012: 5; zur Quasi-Automatisierung von Begriffs- und Begründungsverschiebungen vgl. auch Bourdieu/Wacquant 2000.

neoliberaler Perspektive, auf einmal als alternativlos. Jürgen Habermas hat diesen Mechanismus in seiner These von der *Kolonialisierung der Lebenswelt* – auch das ein Prozessbegriff – unter anderem unter Bezugnahme auf Daniel Bells *Kulturelle Widersprüche des Kapitalismus*¹⁴ so ausgedeutet, dass die „ökonomischen und (...) administrativen Imperative (...) immer weitere Lebensbereiche monetarisieren (...), immer weitere Beziehungen in Waren und in Objekte der Verwaltung verwandeln“¹⁵. Je erfolgreicher ökonomisches Argumentieren ist – und der Neoliberalismus war, wie im zweiten Teil zu zeigen sein wird, sehr erfolgreich – desto mehr gesellschaftliche Bereiche werden folglich von Marktlogiken bestimmt. In der Folge führt die Summe der auf dieser Basis getroffenen Entscheidungen zur von Albert O. Hirschman diagnostizierten „*Marktgesellschaft*“¹⁶, wo es doch vorher nur eine *Marktwirtschaft* gegeben hat. Die Entstehung der Marktgesellschaft ist allerdings ohne die vorherige Trennung der Gesellschaft vom Markt als distinktes Phänomen nicht vorstellbar.

2.1 Die Trennung von Politik und Ökonomie

Die zeitgenössischen, nachweisbaren Manifestationen von Ökonomisierung in Folge neoliberaler Begründungserzählungen erscheinen – auch wenn das rein begrifflich paradox anmuten mag – als ein fluides Konzept, das, um seine Fluidität zum Ausdruck zu bringen, eines Vollzugs- oder Erscheinungsraumes bedarf. In Marxens eingangs zitierter Diagnose über den Konflikt von Industrie und Politik aus der *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* aus dem Jahr 1844 stünde der Begriff „Verhältnis“ für diesen Vollzugsraum. Der Begriff beschreibt also einen Ort, dessen Konturen sich permanent neu entlang der Durchsetzungsfähigkeit divergierender Interessen manifestieren. Insofern Durchsetzungsfähigkeit – wenn man sie von ihrem Ziel her denkt – als die Herbeiführung von Entscheidungen in umstrittenen und damit notwendig plural verfassten Verhältnissen begriffen werden kann, erweist sich das Politische als der Ort, an dem sich Ökonomisierung manifestieren kann. Das Politische als ein von der radikalen Demokratietheorie als „agonal“¹⁷ charakterisierter Bereich des „konstitutiven Streits“¹⁸ entzieht sich so einer finalen ontologischen Festlegung. Denn er ist, wie Chantal Mouffe oder auch Jacques Rancière betont haben, durch eine permanente Konflikthaftigkeit bestimmt, die ihrerseits der permanenten Aus-

¹⁴ Vgl. Bell 1976.

¹⁵ Habermas 1982: 1061.

¹⁶ Hirschman 1986: 1-2.

¹⁷ Mouffe 2007:

¹⁸ Rancière 2008: 39.

handlung bedarf. Rein funktional betrachtet geht es an diesem deontologischen Ort nicht um *die* Politik, auch nicht um *die* Ökonomie, sondern um die permanente, verbindliche Festlegung von Entscheidungen unter kollektiven Bedingungen¹⁹, gleichwohl – um Max Weber zu paraphrasieren – worauf diese Entscheidungen letztlich beruhen.

Ökonomisierung in ihrer Begründungsdimension, so ließe sich also formulieren, ist ein von anderen begrifflichen Settings inhaltlich unterscheidbares, durch sprachliche Praktiken sich manifestierendes Verfahren zur intersubjektiven Plausibilisierung von Entscheidungen im Bereich des Politischen. Letzterer muss dabei wegen der prinzipiellen Agonalität seiner jeweils konkreten Hervorbringungen als a priori unentscheidbar, als kontingent gedacht werden. Je mehr es ökonomischen Plausibilisierungsstrategien, die durch sprachliche Vermittlung öffentlich werden und die somit Eingang in die intersubjektive, sprich: plurale und kontingente Sphäre des Politischen finden, gelingt, Entscheidungen zu beeinflussen und damit die Kontingenz beziehungsweise die „Differenz“²⁰ in der Sphäre des Politischen zu reduzieren, desto mehr müssen diese Plausibilisierungsstrategien im Sinne einer, frei nach Jean-Christophe Rufin, *Diktatur des Ökonomismus* als hegemonial begriffen werden.²¹ Nur muss ein Raum, wie der des Politischen, wenn er unter die diktatorische Herrschaft dieses Ökonomismus gerät, sich diesem überhaupt erst zur Unterwerfung angeboten haben. Die Frage lautet also: Wann hatten sich Politik und Ökonomie als derart voneinander unabhängige, als emanzipierte Sphären etabliert, dass die Übernahme der einen durch die andere denkbar – und letztlich auch: machbar wurde?

Der Zeitraum, für den eine größtmögliche konzeptionelle Entfernung von Politik und Ökonomie angenommen werden muss, kann in der europäischen Aufklärung, genauer im späten 18. Jahrhundert, angesiedelt werden. Beginnend mit den Werken früher liberaler Aufklärer, wie etwa John Locke, konnte schließlich in der Hochaufklärung bei Immanuel Kant die Sphäre des Politischen als jener offene Vollzugsraum etabliert werden, der für öffentliches, an der Idee des besten Arguments orientiertes Begründen unerlässlich ist. In Lockes *Zwei Abhandlungen über die Regierung* erwächst gerade aus der Nichtunterscheidung von Ökonomie und Politik im Naturzustand der zentrale Grund dafür, diesen zu verlassen. Als nach Einführung des Geldes im Naturzustand – MacPherson spricht hier

¹⁹ Vgl. in diesem Zusammenhang auch Abensour 2012: 49-50.

²⁰ Rancière 2008: 9. Weiter schreibt Rancière: „Das Eigene der Politik ist demnach von vornherein verloren, wenn man sie als spezifische Erfahrungswelt denkt. Die Politik kann sich durch kein Subjekt definieren, dass (sic!) ihr vorausginge. Vielmehr muss die politische ‚Differenz‘, die es erlaubt, das Subjekt der Politik zu denken, in der Form der politischen Beziehung aufgesucht werden.“

²¹ Zur „Dominanz neoliberaler Ideen“ vgl. Crouch 2011: 51; zum Verhältnis von neoliberaler Hegemonie und Demokratie vgl. ausführlich Lösch 2007.

von einem dem politischen vorausgehenden ökonomischen Vertrag²² – die unbegrenzte Akkumulation von Eigentum möglich wird, steigt die Eigentumsunsicherheit bei den Eigentümern rapide an. In der Folge sind sie bereit, eine allgemein verbindliche Instanz der Rechtsprechung zu schaffen, die ihnen den sicheren Genuss ihres Eigentums garantieren soll. Diese Instanz ist der gewaltenteilig organisierte *body politic*, der von Locke als ein vom Vertrauen der Bürger abhängiges Institutionengefüge beschrieben wird. Indem er auf der Abberufbarkeit der Regierung insistiert, vermag er die naturzustandliche Freiheit und Gleichheit der Menschen in den Staatszustand zu überführen, denn die Regierung kann, wenn sie vom Vertrauen der Bürger abhängig ist, nicht gegen deren Interesse handeln und ihnen etwa Gesetze aufzwingen, die von den Bürgern nicht akzeptiert werden.

Nachdem Locke so eine *politische Körperschaft* etabliert hat, deren Zweckrationalität auf der Garantie von Freiheit und Gleichheit ebenso beruht wie auf der Herstellung von Sicherheit vor Eigentumsübergriffen, geht Kant noch einen entscheidenden Schritt weiter. Denn während bei Locke die Gründung eines politischen Institutionengefüges noch an einen konkreten Zweck und damit auch an konkrete Interessenten gebunden war – nämlich an die Sicherung des Eigentums der Eigentümer – proklamiert Kant die Selbstzweckhaftigkeit der Politik und damit des Politischen. Im ersten Definitivartikel in *Zum ewigen Frieden* formuliert er den eben nicht mehr exklusiven, sondern allgemein gültigen Anspruch, wonach alle Staaten als Republiken – im Sinne eines repräsentativ-demokratischen Verfassungsstaates – organisiert sollen:

„Die erstlich nach Prinzipien der Freiheit der Glieder einer Gesellschaft (als Menschen); zweitens nach Grundsätzen der Abhängigkeit aller von einer einzigen gemeinsamen Gesetzgebung (als Untertanen); und drittens, die nach dem der Gesetz der Gleichheit derselben (als Staatsbürger) gestiftete Verfassung – die einzige, welche aus der Idee des ursprünglichen Vertrages hervorgeht, auf der alle rechtliche Gesetzgebung eines Volkes gegründet sein muß – ist die republikanische.“²³

Indem Kant also von den Menschen allgemein und nicht – wie Locke – von den Eigentümern im Besonderen spricht, die in der Republik zu ohne Ansehen ihres Status zu Staatsbürgern werden, wird die Zweckrationalität von Lockes *body politic* hier in ein den konkreten Zweck transzendierendes, normatives Ideal überführt. Die Sphäre des Politischen als Trias von Freiheit, Gleichheit und nun – im Unterschied zu Locke – neu: Integration durch Teilnahme an der Gesetzgebung ist damit konturiert.

²² Vgl. hierzu ausführlich MacPherson 1973, der mit Blick auf Locke argumentiert, dass die Besitzstandswahrung das zentrale Motiv der liberalen Staatsgründung war.

²³ Kant 1795 (1981): 204, Sperrungen im Original.

Neben der von Locke zu Kant hin etablierten Republik als Projekt der Garantie von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit (Locke) beziehungsweise Integration durch Teilhabe (Kant) war es nahezu zeitgleich Adam Smith, der mit *Der Wohlstand der Nationen* die politische Ökonomie als von der Republik unabhängigen Bereich identifizierte. Louis Dumont bemerkt in diesem Zusammenhang:

„So dokumentiert die merkantilistische Literatur, daß, damit ein bestimmter Bereich des Tages als ökonomisch anerkannt werden konnte, er vom politischen Bereich abgelöst werden mußte: der ökonomische Gesichtspunkt verlangte danach, vom politischen Gesichtspunkt emanzipiert zu werden.“²⁴

Smith vollzieht die Abgrenzung der Ökonomie von der Politik auf dem Weg einer negativen Identitätsstiftung. Indem er die Aufgaben des Staates bestimmt, verdeutlicht er im Umkehrschluss die Kompetenzen der Ökonomie. Laut Smith kommen dem Staat – also dem in der Verfassung der Republik entworfenen Institutionengefüge der Politik – drei Aufgaben zu:

„Nur eine Regierung, die Streitkräfte unterhält, kann ihre Hauptaufgabe erfüllen, das Land vor Gewalt und Angriffen anderer Staaten zu schützen. (...) Die zweite Aufgabe der Regierung, nämlich jede einzelnen soweit wie mögliche vor Unrecht oder Unterdrückung durch Mitbürger zu schützen oder, mit anderen Worten, ihre Pflicht, eine gewissenhafte Justizverwaltung einzurichten, erfordert ebenfalls sehr unterschiedliche Ausgaben (...). (...) Die dritte und letzte Aufgabe des Staates besteht darin, solche öffentlichen Anlagen und Einrichtungen aufzubauen und zu unterhalten, die, obwohl sie für ein großes Gemeinwesen höchst nützlich sind, ihrer ganzen Natur nach niemals einen Ertrag abwerfen, der hoch genug für eine oder mehrere Privatpersonen sein könnte, um die anfallenden Kosten zu decken, weshalb man von ihnen nicht erwarten kann, daß sie diese Aufgabe übernehmen.“²⁵

Diese Zuweisung von Zwecken der Politik ermöglicht die ex- wie implizite Festschreibung der Grenze von Zweckrationalitäten zwischen Politik und Ökonomie. Während explizit formuliert wird, was die Politik leisten muss, erfolgt die Aufgabenbeschreibung der Ökonomie nur implizit, insofern zu vermuten bleibt, dass all das, was der Staat nicht tun muss, von ihr geleistet werden wird. Politik ist öffentlich, Ökonomie nicht; Politik muss nicht kostendeckend arbeiten, die Ökonomie schon; die Politik sorgt für Sicherheit, auch für die Entfaltung ökonomischer Aktivitäten; und schließlich etabliert die Politik ein Justizwesen,

²⁴ Dumont 1991: 125. Weiter heißt es dort: „Damit nicht genug: Die Geschichte zeigt uns in ihrem weiteren Verlauf noch einen anderen Aspekt dieser Emanzipation: das Ökonomische hatte sich auch von der Moral zu emanzipieren.“

²⁵ Smith 1776 (1974): 587, 600,612; vgl. hierzu auch Diaz-Bone/Krell 2009: 9 ff.

das Konflikte innerhalb des Staates regelt. Will man diesen Katalog von Smiths Staatsbeschreibung, die offensichtlich eher an Locke angelehnt ist, weil Kants Friedensschrift 1776 noch nicht publiziert war, zusammenfassen, bleibt folgendes Bild: Überall, wo der Markt nicht zuständig sein kann, ist der Staat in der Pflicht. Und überall, wo es nicht um Gesetzgebung geht, steht die Frage nach der (materiellen) Ermöglichung von Gesetzgebung im Vordergrund. Damit sind die Sphären Politik und Ökonomie voneinander geschieden.

Die zum Ende des 18. Jahrhunderts erfolgte Ausdifferenzierung von Politik und Ökonomie als eigenständige Seinsbereiche zeitigt damit zweierlei Konsequenzen: Einerseits avanciert nicht nur das, sondern *jedes* aufgeklärte Individuum zum politischen Akteur; andererseits vollzieht sich mit der Pluralisierung der Individuen auch eine Pluralisierung der Verfügbarkeit von Eigentum, wobei der Umgang mit Eigentum keine politische, sondern fortan eine ökonomische Materie darstellt. In der *Protestantischen Ethik* von 1904/05²⁶ etwa hat Max Weber eine Analyse dieser Individualität vorgestellt, die für das Verständnis der Funktionsweise des modernen Kapitalismus – und damit letztlich auch seiner neoliberalen Erscheinungsform – konstitutiv ist. Laut Weber kommt dem Zusammenhang von individueller Heilserwartung und der Überzeugung, ihr jenseitiges Eintreten innerweltlich vorherzusagen zu können, für das Verständnis des „virtuosen kapitalistischen Erwerbssinnes“²⁷ ein zentraler Stellenwert zu:

„Die Mahnung des Apostels zum ‚Festmachen‘ der eigenen Berufung wird also hier als Pflicht, im täglichen Kampf sich die subjektive Gewißheit der eigenen Erwähltheit und Rechtfertigung zu erringen, gedeutet. An der Stelle der demütigen Sünder (...) werden jene selbstgewissen ‚Heiligen‘ gezüchtet, die wir in den stahlharten puritanischen Kaufleuten jenes heroischen Zeitalters des Kapitalismus und in einzelnen Exemplaren bis in die Gegenwart wiederfinden. Und andererseits wurde, um jene Selbstgewißheit zu *erlangen*, als hervorragendstes Mittel *rastlose Berufsarbeit* eingeschärft. Sie und sie allein verscheuche den religiösen Zweifel und gebe die Sicherheit des Gnadenstandes.“²⁸

Im Kern dieser Überlegung steht eine Vorstellung von Erkenntnis, die im Individuum die einzig denkbare Instanz adäquater Beobachtung von Welt ausmacht – auch das im Übri-

²⁶ Weber (2000: 2) formuliert seine zentrale Fragestellung wie folgt: „Gerade eine große Zahl der reichsten, durch Natur oder Verkehrslage begünstigten und wirtschaftlich entwickeltsten Gebiete des Reiches, insbesondere aber die Mehrzahl der reichen *Städte*, hatten sich aber im 16. Jahrhundert dem Protestantismus zugewendet und die Nachwirkungen davon kommen den Protestanten *noch heute* im ökonomischen Kampf ums Dasein zugute. Es entsteht aber alsdann die *historische Frage*: Welchen *Grund* hatte diese besonders starke Prädisposition der ökonomisch entwickeltsten Gebiete für eine kirchliche Revolution?“ Hervorhebungen im Original.

²⁷ Ebd.: 8.

²⁸ Ebd.: 70 f.

gen ein klassisches Paradigma der Aufklärung. Es ist dieser systematische Individualismus, also das, was Louis Dumont den „Übergang zum innerweltlichen Individuum“²⁹ bei Calvin genannt hat, von dem aus sich der moderne Kapitalismus überhaupt erst denken lässt. Denn erst mit dem unbedingten Streben nach jenseitiger Heilserwartung – die ja ihrerseits die Idee einer *ad personam* zurechenbaren Erlösung impliziert – kann überhaupt die motivationale Grundlage für ein selbstzweckhaftes Streben nach Gelderwerb motivational begründet werden.

Die beiden in der europäischen Aufklärung angelegten Pluralisierungen von Individualität und Eigentum jedenfalls sind mit Blick auf die Begründungsdimension von Ökonomisierung insofern bedeutsam, als dass sie, wo sie zusammentreffen, den Punkt markieren, an dem Politik und Ökonomie jeweils anderen Zwecksetzungen dienen und dementsprechend auch jeweils unterschiedliche Weltbeschreibungen hervorbringen. Während die Politik der allgemein verbindlichen Regelsetzung einer Pluralität von Individuen dient und dem Paradigma der Republik im Sinne eines repräsentativ-demokratischen Verfassungsstaates folgt, besorgt die Ökonomie die marktbasierende Subsistenz der Staatsbürger auf Basis ihres zentralen Paradigmas, des Kapitalismus.

2.2 Die hegemoniale Qualität des Neoliberalismus³⁰

Ausgehend von diesem Zeitpunkt, an dem die Autonomie von Politik und Ökonomie verortet werden kann und von dem ab beide voneinander getrennte Zuständigkeitsbereiche in der Organisation des Lebens der Menschen für sich reklamieren, können wechselseitige hegemoniale Bestrebungen der Politik gegenüber der Ökonomie, wie auch umgekehrt der Ökonomie gegenüber der Politik, gedacht werden. Diese hegemonialen Bestrebungen laufen in letzter Konsequenz auf Fragen der Zuständigkeit in der Regelung oder Organisation spezifischer gesellschaftlicher Seinsbereiche hinaus; es geht mithin also um die Aushandlung des genauen Verlaufs der Trennlinie zwischen Politik und Ökonomie.

Wie bereits ausgeführt, liegen sowohl für die Politik, wie auch für die Ökonomie solche Selbstbeschreibungen vor, und zwar einerseits in Form des repräsentativ-demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates, also der Republik, und andererseits in Form der kapitalistischen Marktwirtschaft. Die kapitalistische Marktwirtschaft hat ihrerseits im 21. Jahr-

²⁹ Dumont 1991: 69.

³⁰ Eine ausführliche Darstellung des „ökonomischen Liberalismus“ als Grundlegung freiheitlicher, demokratischer Gesellschaften findet sich bei Wegner 2012; für einen kompakten Überblick über den (wirtschafts-)theoretischen Begriffshintergrund des Neoliberalismus vgl. Ptak 2007, wesentlich ausführlicher – insbesondere hinsichtlich seiner historischen wie politischen Auswirkungen – ist Klein 2009.

hundert eine spezifische Ausprägung hervorgebracht, die Naomi Klein als „Katastrophenkapitalismus“ bezeichnet hat – gemeint ist jene Spielart des Neoliberalismus, die auf den von Milton Friedman maßgeblich beeinflussten Lehren der sogenannten *Chicago School* gründet.³¹ Wenn es um die Berührungspunkte zwischen Politik und Ökonomie im Zusammenhang mit Kämpfen um Deutungsmacht geht – also um das, was die Begründungsdimension von Ökonomisierung ausmacht – dann kommt der neoliberalen Spielart des Kapitalismus insofern eine besondere Bedeutung zu, weil er im Unterschied zum klassischen Kapitalismus explizit einer Regelungskompetenz für politische Materien beansprucht. Wendy Brown hat diesen umfassenden Anspruch des Neoliberalismus einmal wie folgt als *politische Rationalität* beschrieben:

„(A) political rationality is a specific form of normative political reason organizing the political sphere, governance practices, and citizenship. A political rationality governs the sayable, the intelligible, and the truth criteria of these domains. Thus, while neoliberal political rationality is based on a certain conception of the market, its organization of governance and the social is not merely the result of leakage from the economic to other spheres but rather of the explicit imposition of a particular form of market rationality on these spheres. Neoliberalism (is; ML) a form of political reasoning that articulates the nature and meaning of the political, the social, and the subject (...).“³²

Und noch expliziter:

„Neoliberal rationality, while foregrounding the market, is not only or even primarily focused on the economy; it involves extending and disseminating market values to all institutions and social action, even as the market itself remains a distinctive player.“³³

Im Neoliberalismus, der demnach gezielt versucht, Marktmechanismen auf Politikprozesse anzuwenden, ist folglich nicht bloß ein Berührungspunkt zur Sphäre der Politik angelegt. Stattdessen handelt es sich um eine Paradigmenkonkurrenz,³⁴ denn der Neoliberalismus beansprucht, das, was in der Aufklärung als Zuständigkeit des Staates identifiziert worden war, auf Grundlage der eigenen Selbstbeschreibung besser regeln zu können, als das der Staat vermag. Ein Verweis auf die Analyse des Neoliberalismus als Variante moderner Regierungstechnik, wie Michel Foucault sie im Sinne einer spezifisch modernen,

³¹ Vgl. Klein 2009.

³² Brown 2006: 693; vgl. hierzu auch Schaal/Ritzi i.E.

³³ Brown 2005: 39 f.

³⁴ Bourdieu/Wacquant (2000: 7) etwa sprechen von einem „Imperialismus der neoliberalen Vernunft“; vgl. analog auch Crouch 2011: 153 f.: „Doch wie wir gesehen haben, gehört es zur neoliberalen Strategie, das ökonomische Denken auf alle Teile der Gesellschaft auszudehnen, so daß (sic!) nirgendwo mehr andere Werte gelten können.“

sich selbst steuernden „art de gouverner à la rationalité“³⁵ vorgestellt hat, vermag diese Interpretation zu unterstützen.

Foucaults großes Thema ist die Suche nach den Techniken der Beherrschung, Verwaltung und Normierung des Lebens, wie sie seit der griechisch-römischen Antike bis hinein in die modernen repräsentativen Demokratien des 20. Jahrhunderts hinein immer weiter perfektioniert worden ist. Die von ihm unterstellte Tendenz in der Anwendung dieser Techniken geht davon aus, dass die Beherrschung, Verwaltung und Normierung des Lebens von der Verfügbarkeit des menschlichen Körpers bis in die Denkweise der Menschen hinein gewandert ist. In diesem Sinne stellt die von ihm so genannte *Biopolitik* eine Art Kulminationspunkt von Beherrschungspraktiken dar, weil hier der Mensch erstmals aus eigenem Antrieb seine Unterwerfung unter ein Herrschaftssystem selbst vollzieht und vervollkommnet.

In seiner Analyse des konkreten Wirkens staatlicher Machttechniken hat Foucault den Aspekt der Kontroll- und Verwaltungsabsicht des Staates gegenüber seinen Bewohnern hervorgehoben und dafür den Begriff der *Gouvernementalität* geprägt. Die Ausübung von Macht beschränkt sich dabei nicht nur auf sichtbare, manifeste und dem Menschen äußerliche, sondern auch auf wesentlich subtilere, auf das Innere des Menschen abzielende Techniken, was Foucault im Begriff der *Biopolitik* zum Ausdruck bringt. Für die Zusammenschau des inneren und äußeren Einwirkens im Rahmen von Regierungstätigkeit verwendet er zudem den Begriff des *Dispositivs*.³⁶ Das *Dispositiv* erscheint als ein zugleich gegenständliches und nicht gegenständliches Ensemble von Zugriffen auf Macht- und Wissensstrukturen, das Regierungstätigkeit gegenüber den Subjekten in einer historisch konkreten Erscheinungsform meint. Dabei schließt es jedoch eine grundsätzlich wiederkehrende Erscheinungslogik („strategische Ausfüllung“³⁷) nicht aus, denn der staatliche Bedarf nach Kontrolle und Verwaltung ist seinerseits zeittranszendent:

³⁵ Foucault, Vorlesung vom 4.4.1979; vgl. in diesem Zusammenhang ferner Bröckling/Krasmann/Lemke 2000: 7-32.

³⁶ In seiner Analyse des Foucaultschen Dispositivbegriffes verweist Agamben auf den Begriff der *positivité*: „Wenn laut Hyppolite ‘Positivität’ das Wort ist, dessen sich der junge Hegel bedient, um das historische Element zu benennen, mitsamt seinen Vorschriften, Riten und Institutionen, die, obgleich den Individuen von einer äußeren Macht auferlegt, dennoch in den Glaubens- und Gefühlssystemen gleichsam verinnerlicht werden, dann bezieht Foucault durch die Übernahme dieses (später durch ‘Dispositiv’ ersetzt) Ausdrucks Stellung gegenüber dem entscheidenden Problem, das auch sein eigenes ist: das Verhältnis, in dem die Individuen als Lebewesen mit dem historischen Element stehen, wobei der Ausdruck die Gesamtheit der Institutionen, Subjektivierungsprozesse und Regeln, in denen sich die Machtverhältnisse konkretisieren, bezeichnet.“ Agamben 2008: 14.

³⁷ Foucault 2003: 394.

„Ich habe gesagt, dass das Dispositiv von einer wesentlich strategischen Beschaffenheit wäre, was unterstellt, dass es sich dabei um eine bestimmte Manipulation von Kräfteverhältnissen handelt, um einen rationalen und abgestimmten Eingriff in diese Kräfteverhältnisse, um sie in irgendeine Richtung zu entwickeln, um sie zu blockieren oder um sie zu stabilisieren. Das Dispositiv ist also immer in ein Machtspiel eingeschrieben (...).“³⁸

Die spezifische *Rationalität* neoliberalen Begründens kann insofern als ein Dispositiv moderner Regierungstechnik begriffen werden, als dass sie ein „Netz zwischen den Elementen“³⁹ des Regierens, also dem Staat, dem Markt und den Menschen knüpft, das offenes Begründen jenseits einer neoliberalen Kompatibilitätsvermutung – alles ist Markt – zwar nicht ausschließt, mit Blick auf seinen letztlichen Erfolg bei der kollektiv verbindlichen Entscheidungsfindung jedoch weniger wahrscheinlich macht.⁴⁰

In seinen Vorlesungen am *Collège de France* der Studienjahre 1977/78 und 1978/79 entwirft Foucault ein Bild des Neoliberalismus, im Rahmen seiner Analyse von Souveränität zwischen *Gouvernementalität* und *Biopolitik*, als ideales Setting einer perfekt verschleierten Beherrschungstechnik in der okzidentalen Moderne.⁴¹ Ein ideales Setting zur Verschleierung, oder besser: zur Inkorporierung von Beherrschungsabsichten, ist er, weil er sich gleichermaßen als Technik zur Invisibilisierung von Souveränität und zur herrschaftslosen Durchsetzung von Herrschaft erweist, da es ihm gelingt, den Subjekten als komplett intrinsisch angelegt zu erscheinen. Foucault hat zur Erläuterung einer Ökonomie, die zum Äquivalent der „Gesamtheit menschlichen Handelns“⁴² avanciert ist, folgenden Sachverhalt beschrieben:

„Mais supposons (...) un cadre institutionnel dont peu importe la nature ou l'origine, un cadre institutionnel X. Supposons que ce cadre institutionnel X ait pour fonction non pas, bien sûr, d'exercer la souveraineté, puisque, précisément, rien ne peut fonder, dans l'état actuel des choses, un pouvoir juridique de coercition, mais d'assurer simplement la liberté. Non pas donc de contraindre, mais simplement de créer un espace de liberté, s'assurer d'une liberté et de l'assurer précisément dans la domaine économique. Supposons maintenant que dans cette institution X dont la fonction n'est pas d'exercer souverainement le pouvoir de contraindre, mais d'établir simplement un espace de liberté, supposons que des individus, en nombre quelconque, acceptent librement de jouer ce jeu de la liberté économique qui leur est assurée par ce cadre institutionnel. Qu'est-ce qui va se passer?

³⁸ Foucault 2003: 394.

³⁹ Agamben 2008: 16.

⁴⁰ Hinsichtlich der Wirkungsweise besteht eine deutliche Parallele zum *Habitusbegriff* bei Bourdieu, der einerseits manifeste Praktiken und Sanktionsformen benötigt, andererseits selbst nach Inkorporierung durch das Individuum nur der Tendenz nach Verhalten präjudiziert.

⁴¹ Vgl. hierzu ausführlich die Analyse bei Grenier/Orléan 2007.

⁴² Bröckling/Krasmann/Lemke 2000: 16.

L'exercice même de cette liberté par des individus qui ne sont pas contraints de l'exercer mais auxquels on donne simplement la liberté de l'exercer, l'exercice libre de cette liberté voudra dire quoi? Eh bien, ça vaudra adhésion à ce cadre, ça vaudra consentement donné à toute décision qui pourra être prise, qui pourra être prise pour faire quoi ? Pour assurer, justement, cette liberté économique ou pour assurer ce qui rendra possible cette liberté économique. Autrement dit, l'institution de la liberté économique va devoir, va pouvoir en tout cas fonctionner, en quelque sorte, comme un siphon, comme une amorce pour la formation d'une souveraineté politique.⁴³

Was Foucault hier etwas verklausuliert beschreibt ist nichts anderes, als eine von der Regierung geforderte freiwillige Unterwerfung unter die von einer abstrakt-allgemein formulierten Verfassungsordnung gegebene Freiheit. Einmal akzeptiert, funktioniert diese Rationalität gesellschaftlicher Ordnung wie eine *perpetuum mobile* der Gouvernementalität. Angespornt durch selbst erworbene materielle Belohnungen, also durch Erfolg, setzten die Individuen ihre Selbstdisziplinierung und -perfektionierung⁴⁴ konsequent fort. Die fortschreitende Humankapitalisierung des *Homo oeconomicus* als Unternehmer seiner selbst – der nur im Falle seines selbst verantworteten Erfolgs als vollwertiges Mitglied der Gemeinschaft gelten kann, Misserfolg hingegen wird dem Individuum, nicht aber der Gemeinschaft angelastet – geht hier vollkommen in die moderne staatliche Regierungsmaschinerie auf:

„In der Theorie wird so aus dem Homo sapiens der ‚Homo oeconomicus‘, der sich seiner Präferenzen und Interessen bewusst ist und stets danach handelt, weil er über die rationalen Fähigkeiten einer effektiven Umsetzung verfügt. Aus der Summe der Einzelnutzen ergibt sich dann ein gesellschaftlicher Gesamtnutzen, dessen Maßstab die berühmte Grundregel des Utilitarismus von Jeremy Bantham ist: ‚das größte Glück der größten Zahl‘.“⁴⁵

Selbstregierung, Regierung und Ökonomie, also der Mensch, der Staat und der Markt werden – das ist für Foucault die politische Innovation des Neoliberalismus als Rationalität des Regierens im 20. Jahrhundert – identisch.

⁴³ Foucault 2004a: 84; vgl. ferner Foucault 2004b.

⁴⁴ Melinda Cooper (2008) hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass im Zeitalter der Gentechnik die Selbstperfektionierung des (menschlichen) Lebens bis in die Herstellung eines perfekt angepassten Individuums durch pränatale Manipulation möglich wird. Angesichts des gegenwärtig hegemonialen neoliberalen Paradigmas mitsamt seinem umfassenden Verwertungsdenken stellt sich somit auch die Frage nach lebenswertem – im Sinne von normiertem und ökonomisch nutzbarem – Leben auf radikale Weise neu.

⁴⁵ Ptak 2007: 30.

3. Strategien neoliberaler Entdifferenzierung

Indem also Selbstregierung, Regierung und Ökonomie, wie von Foucault diagnostiziert, im Neoliberalismus identisch werden, wird deutlich, inwieweit die neoliberale Form von Ökonomisierung als Begründungserzählung entdifferenzierend auf eine „unbeschränkte Marktgesellschaft“⁴⁶ hinwirkt: Begründungen und Praktiken aus der Ökonomie werden gleichzeitig auch zu gültigen Ideen in der Politik und im Politischen, die Politik wird durch die Ökonomie in Dienst genommen, indem sie in instrumenteller Absicht für die stabilen Rahmenbedingungen der Ökonomie sorgt: „Der Staat soll die Marktwirtschaft ‚veranstalten‘, um ihr reibungsloses Funktionieren zu ermöglichen.“⁴⁷ Je erfolgreicher neoliberale Begründungen in der Durchsetzung dieser Agenda sind, desto mehr drängen sie alternative Erzählungen und Begründungen an den Rand, so dass die Zuerkennung von Erfolg – etwa gemessen an der Präsenz neoliberaler Ideen im öffentlichen Diskurs oder gemessen an der Implementierung neoliberal inspirierter Politiken – gleichsam als Indikator für eine hegemoniale Stellung einer Idee angenommen werden kann.

In der aktuellen Literatur besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass der letzte Schub ökonomischen Begründens, der unter dem Label des „real existierenden Neoliberalismus“⁴⁸ firmiert, ab Ende der siebziger bzw. seit Anfang der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts eingesetzt hat.⁴⁹ Dieser „neue Geist des Kapitalismus“⁵⁰ erweist sich bei genauem Hinsehen weniger als monolithischer Block denn als vielfältig changierende Plausibilisierungsstrategie; als eine Marke mit einem bestimmten Markenkern, die darüber hinaus jedoch polymorph ausgeprägt ist: „Der Neoliberalismus ist“, wie Bettina Lösch festgehalten hat, „keine ‚Theorie aus einem Guss‘, (er) knüpft vielmehr an diverse staats- und demokratietheoretische Auffassungen sowie unterschiedliche Traditionen liberalen und konservativen Denkens an.“⁵¹

Entsprechend kann in der Folge nicht mehr von *dem Neoliberalismus* gesprochen werden. Stattdessen ist eine Differenzierung in situativ verschieden, konstruierte *Neoliberalismen* geboten, die sich, wie Wendy Brown gezeigt hat, durch eine gemeinsame Technik der Unterwerfung auszeichnen:

⁴⁶ Ebd.: 32.

⁴⁷ Ebd.: 36.

⁴⁸ Crouch 2011: 14.

⁴⁹ Vgl. etwa ebd.: 19: „Der Neoliberalismus trat (...) seine Regentschaft an, als sein Vorgänger, die keynesianische Nachfragesteuerung, in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts eine massive Inflationskrise heraufbeschwor.“; vgl. ferner Klein 2009: 185-199 und Ptak 2007: 74.

⁵⁰ Boltanski/Chiapello

⁵¹ Lösch 2007: 221.

„Neoliberalism is a constructivist project: it does not presume the ontological givenness of a thoroughgoing economic rationality for all domains of society but rather takes as its task the development, dissemination and institutionalization of such a rationality.“⁵²

Die im letzten Teilsatz von Brown angesprochenen Funktionen neoliberaler Rationalität – also Entwicklung, Verbreitung und Institutionalisierung eines je nach Projekt spezifischen Gestaltungsanspruches – sind es, die hier als Ökonomisierung bezeichnet werden. Während Brown mit den Begriffen Verbreitung und Institutionalisierung auf die Ergebnisdimension von Ökonomisierung abstellt, verweist die von ihr angenommene anti-ontologische Ausrichtung des Neoliberalismus mitsamt seiner daraus resultierenden konstruktivistischen Epistemologie auf die Begründungsdimension von Ökonomisierung.

Wenn es in diesem Kapitel – nachdem im vorangegangenen mit dem *Wie* von Ökonomisierung die Vorbedingungen der Möglichkeit ökonomischen Begründens besprochen wurden – nunmehr um das *Was*, also um die Inhalte ökonomischen, und mit Blick auf die Gegenwart heißt das *neoliberalen* Begründens geht, dann erfordert dies ein Vorgehen in zwei Schritten. Zum einen gilt es, mit Blick auf die Schriften von Friedrich August von Hayek und Milton Friedman die Kernidee – mit Brown sozusagen den *prozeduralen Konstruktionsgrund* – des modernen Neoliberalismus zu rekonstruieren. Zum anderen geht es darum aufzuzeigen, welche konkreten politischen Großprojekte auf der Grundlage der Chicagoer Lehre seit Ende der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts durchgesetzt worden sind. Dabei wird – mit Blick auf die Empirietauglichkeit der Analyse von Postdemokratie – immer auch nach den jeweils zentralen Argumenten zu fragen sein, die in den einzelnen Begründungszusammenhängen verwendet worden sind.

3.1 Kernelemente neoliberalen Denkens

Die von der *Chicago School* entwickelte Lehre kann als eine Art Nukleus neoliberalen Denkens betrachtet werden. Verbunden ist sie im wesentlichen mit zwei Namen: Milton Friedman, der selbst als Professor an der *University of Chicago* lehrte und die Chicago School mitbegründete, und Friedrich August von Hayek, der in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts ebenfalls gelehrt und mit der *Mont Pèlerin Society (MPS)* eines der „bedeutendsten neoliberalen Elitenetzwerke“⁵³ gegründet hatte. Beide beschrieben sich selbst als Vertreter des *klassischen Liberalismus* – etwa in der Tradition von Adam Smith und John Stuart Mill – und formulierten aus dieser Perspektive eine anti-

⁵² Brown 2005: 40 f.

⁵³ Ptak 2007: 22.

interventionistische Gegenposition zum *Keynesianismus*, dem sie wegen seiner politisch gesteuerten Investitionstätigkeit eine Beschneidung individueller Freiheit vorwarfen und gegen den sie sich in einem „ideologischen Krieg“⁵⁴ wähen. So schreibt etwa Hayek:

„Wir verdanken den Amerikanern eine große Bereicherung der Sprache durch den bezeichnenden Ausdruck *weasel-word*. So wie das kleine Raubtier, das auch wir Wiesel nennen, angeblich aus einem Ei allen Inhalt herausaugen kann, ohne daß man dies nachher der leeren Schale anmerkt, so sind die Wiesel-Wörter jene, die, wenn man sie einem Wort hinzufügt, dieses Wort jedes Inhalts und jeder Bedeutung berauben. Ich glaube, das Wiesel-Wort par excellence ist das Wort sozial. Was es eigentlich heißt, weiß niemand. Wahr ist nur, daß eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft, ein sozialer Rechtsstaat kein Rechtsstaat, ein soziales Gewissen kein Gewissen, soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit – und ich fürchte auch, soziale Demokratie keine Demokratie ist.“⁵⁵

Für die ökonomische wie auch die politische Theorie Hayeks, die er hauptsächlich in *The Constitution of Liberty* formuliert hat, stellen stattdessen die individuelle Freiheit und ihre adäquate Ermöglichung gegen den demokratischen Staat den gemeinsamen Fluchtpunkt aller Überlegungen dar.⁵⁶ Ausgehend von der anthropologischen Prämisse, wonach die Menschen zwar einerseits zweckrational und zielorientiert handeln, dabei andererseits aber in der Verfolgung ihrer Ziele nicht deterministisch festgelegt sind, gilt es ihm eine institutionelle Ordnung des Zusammenlebens zu finden, die diese anthropologische Disposition am besten zu unterstützen vermag. Hayek argumentiert, dass eine Verfassung – und dabei spielt es keine allzu große Rolle mehr, ob diese nun demokratisch ist, oder nicht – nur dann die individuelle Freiheit eines jeden einzelnen optimal ermöglichen könne, wenn sie allgemein gültige Gesetze formuliert, die einen verbindlichen, standardisierten Rahmen für zwischenmenschliche Interaktion im Staatsgefüge bereit stellen. Dabei gilt es aber die Marktmechanismen, wie Wettbewerb, Verteilung von Einkommen etc., möglichst unangetastet lassen. Hayek vermeidet es konsequent, ein konkretes Ordnungsgefüge zu beschreiben. Vielmehr können seine Organisationsprinzipien in unterschiedlichen institutionellen Gefügen realisiert werden, was wiederum die Flexibilität neoliberalen Denkens unterstreicht:

⁵⁴ Hayek 1971b: 270; zur Ablehnung des Keynesianismus durch Hayek und Friedman vgl. Brown 2003: 3.

⁵⁵ Hayek 2004: 61 f.

⁵⁶ Vgl. Hayek 1971a; hierzu ausführlich Zintl 2007.

„Die Grundsätze des Liberalismus enthalten keine Elemente, die ihn zu einem starren Dogma machen, und es gibt keine strengen Regeln, die ein für allemal feststünden. Das Hauptprinzip, wonach wir uns in allen Stücken so weit wie möglich auf die spontanen Kräfte der Gesellschaft stützen und so wenig wie möglich zu Zwangsmaßnahmen greifen sollten, kann in der Anwendung unendlich variiert werden.“⁵⁷

Dieses Spontaneitätsdenken – das im Übrigen nicht mit dem vom Neoliberalismus abgelehnten *Laissez-faire-Denken* des klassischen Liberalismus verwechselt werden darf – ist einer der Kernbestandteile in Hayeks Denken, denn die jederzeitige Offenheit für Veränderung erfüllt eine wichtige Funktion in seiner Gesellschaftstheorie. Nur dann, wenn die Menschen durch die Rahmensetzung einer „beschränkte Demokratie“ (Hayek) im Markt frei interagieren können, stelle sich nämlich auch Innovation ein und gesellschaftlicher Fortschritt werde möglich. Im Umkehrschluss erscheint ihm ein in den Markt hineinregierender, und hier insbesondere ein umverteilender Staat, als fortschrittsfeindlich und folglich als autodestruktiv. Was allerdings nicht heißt, dass der Staat nicht risikominimierend, etwa durch die Etablierung von Vorsorge- und Sozialversicherungssysteme eingreifen dürfe, nur muss der sich strikt auf die Regelsetzung beschränken und darf die Regelausführung nicht übernehmen.

Milton Friedman knüpft in seinem Denken an diese drei für Hayek wesentlichen Topoi – radikale Gleichheit durch Allgemeingültigkeit der Verfassung, auf Ordnungssetzung reduzierte Gestaltungskompetenzen des Staates, individuelle Freiheit auf Basis der Vorstellung des *Homo oeconomicus* – an. Dabei unternimmt er, und zwar in wesentlich stärkerem Maße, als diese Tendenz bei Hayek angelegt wäre, den Versuch, die Politik der Ökonomie unterzuordnen, indem diese als eine Art Erfüllungshilfe freien ökonomischen Handelns entworfen wird. Ein ehemals politisches Freiheitsverständnis wird im Zuge dieser Unterordnungsbemühungen entgegen dem klassisch liberalen Ideal in ein „instrumentelles Freiheitsverständnis“ transformiert, das sich in der „Nicht-Diskriminierung der Marktteilnahme“⁵⁸ erschöpft. Friedman schreibt dazu:

„Die wirtschaftliche Organisationsform, die unmittelbar für politische Freiheit sorgt, nämlich der Wettbewerbskapitalismus, sorgt auch für politische Freiheit, da sie die wirtschaftliche Macht von der politischen Macht trennt und es beiden Mächten ermöglicht, sich zu neutralisieren.“

⁵⁷ Hayek 1971b, S. 36 f.

⁵⁸ Ptak 2007: 64.

Und weiter:

„Die Geschichte lehrt jedoch nur, daß der Kapitalismus eine notwendige Voraussetzung für politische Freiheit ist. Eine hinreichende Bedingung ist er freilich nicht.“⁵⁹

Ptak sieht in diesen Ausführungen gleichsam das Einfallstor für autoritäre oder gar totalitäre Tendenzen des Neoliberalismus. Eine auf einen rein wirtschaftlichen Freiheitsbegriff verengte Gesellschaft kann auch als Fabrik begriffen und geregelt werden – der Fabrikdirektor wäre dann nichts anderes als ein wohlmeinender Diktator und jede Artikulation der Gesamtheit Arbeiter wäre mit Blick auf die Produktion kontraproduktiv. Historische Parallelen zum Pinochet-Putsch gegen Salvador Allende, der von Anhängern der *Chicago School* maßgeblich unterstützt wurde, belegen die grundsätzliche Plausibilität dieser Annahme.

Was dem Denken von Hayek und Friedman gemeinsam ist, ist zum einen die strikte Beschränkung der Gestaltungsspielräume des politischen Systems – das nicht einmal notwendigerweise eine repräsentative Demokratie sein muss, sondern auch als wohlmeinende Diktatur konzipiert sein kann – und zum anderen die Überbetonung individueller Gestaltungsverantwortung auf Basis der Vorstellung der überlegenen instrumentellen Rationalität des *Homo oeconomicus*. Hierbei handelt es sich um komplementäre Phänomene, die sich im Neoliberalismus zu einer Art Markenkern, zu Axiomen der Begründungsdimension neoliberaler Ökonomisierung verdichten. Komplementär sind sie insofern, als dass durch den Rückzug des nicht notwendigerweise demokratischen Staates Freiräume entstehen, die in der Folge durch die rational und entsprechend der jeweils geltenden Regeln der Freiheit handelnden Individuen ausgefüllt werden müssen.

Ein Beispiel für die Entstehung und die Übernahme solcher Freiheiten ist etwa die Zuordnung von Verantwortung für die Herstellung sozialer Gerechtigkeit. Auf Basis des neoliberalen Denkens von Hayek und insbesondere Friedman kann die Verantwortung für soziale Gerechtigkeit nicht in den Händen des Staates liegen, weil dieser, um sozial gerechte Lebensverhältnisse herzustellen, Ressourcen umverteilen muss. Eine solche Umverteilung steht jedoch im Widerspruch zum neoliberalen Ideal wirtschaftlicher Freiheit des *Homo oeconomicus*. Jeder Eingriff in die bestehende Ressourcenallokation wäre ein Eingriff in die individuelle Freiheitssphäre. Aus neoliberaler Perspektive muss sich der Staat – um nicht als Interventionsstaat totalitär zu werden – folglich aus der Sozialpolitik heraus halten. Dieser Freiraum kann dann sukzessive von den marktrational handelnden Individuen

⁵⁹ Friedman 1976: 29 f.

übernommen werden, so dass – nach utilitaristischen Maßstäben – soziale Gerechtigkeit gleichbedeutend wird mit Leistungsgerechtigkeit. Jeder, so die Annahme, verfüge ja über die Freiheit, sich eine entsprechend seiner Bedürfnisse sozial ausgewogene Lebenssituation zu schaffen. Da das so ist, entspricht die Realität der gelebten sozialen Wirklichkeit auch den Bedürfnissen der marktrational handelnden Individuen – die leistungsgerechte Verteilung von Ressourcen wird zu einer sozial gerechten Verteilung.

Dass in dieser radikalen Bevorzugung individueller gegenüber kollektiver Risiko- und Gestaltungsverantwortung de facto unzutreffende Vorannahmen über die Disposition der handelnden Akteure getroffen werden – allumfassende Informiertheit, eindeutig rationales Handlungskalkül – spielt für die Axiomatik neoliberalen Begründens keine Rolle, solange sie in sich stimmig bleibt. Hayek und Friedman liefern eine abstrakte Folie für eine neoliberale Plausibilisierungsstrategie. Im Sinne von Ökonomisierung als Begründung liegt damit eine prototypische Ansammlung von Begründungsinhalten vor. Die schiere Tatsache indes, dass beliebige Inhalte als naturgesetzmäßige etabliert werden können, unterstreicht noch einmal den von Wendy Brown betonten konstruktivistischen Impetus des Neoliberalismus als Ideologie, der darüber hinaus als Begründungserzählung bereits hegemonial geworden sein muss, weil seine Axiomatik kaum noch signifikant in Frage gestellt wird.

3.2 Neoliberalismen

Mit Blick auf die so unterschiedlichen Politiken, die seit dem Ende der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts entsprechend dieses Markenkerns als neoliberale Projekte implementiert wurden und werden, scheint es schwer, angesichts des Neoliberalismus überhaupt von einer homogenen Denkrichtung zu sprechen.⁶⁰ Angesichts dieser breiten Varianz hat Wendy Brown vorgeschlagen, den Neoliberalismus als eine in der konkreten politischen Umsetzung variable Ideologie im Sinne einer spezifischen *Rationalität* zu begreifen.⁶¹ Dementsprechend hat lassen sich für die Zeit seit Ende der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts mindestens fünf Großprojekte neoliberaler Ökonomisierung in repräsentativen Demokratien identifizieren, die allesamt von der Vorstellung ‚weniger Staat/mehr individuelle Verantwortung‘ als einer Art *roter Faden* neoliberaler Ökonomisierung getragen wer-

⁶⁰ So auch Butterwegge/Lösch/Ptak (2008: 11) in der Einleitung ihres Bandes zur *Kritik des Neoliberalismus*.

⁶¹ Vgl. Brown 2006: 693.

den.⁶² Anhand dieser im neoliberalen Sinne ökonomisierten politischen Großprojekte wird noch einmal die Doppelstruktur von Ökonomisierung deutlich, wie sie hier vorgestellt wird: es handelt sich um spezifische, auch wiederkehrende Begründungsmuster und -zusammenhänge, die in bestimmten politischen Systemzusammenhängen auf jeweils konkrete Entscheidungen und Implementierungen von Entscheidungen hinwirken sollen. Dabei kann trotz der situativen Unterschiedlichkeit gerade wegen der jeweiligen Bezugnahme auf den gleichen neoliberalen Markenkern in der Summe von *einer* Variante von Ökonomisierung mit dem Ziel der Etablierung einer *neoliberalen Politikveranstaltung* gesprochen werden.

In einer chronologischen Betrachtung dieser Großprojekte neoliberaler Ökonomisierung ergibt sich – seit den späten siebziger beziehungsweise den frühen achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts folgendes Bild. Als Auftaktprojekte des auf die politische Sphäre übergreifenden Neoliberalismus identifiziert Brown einmal die als *Thatcherism* bezeichnete Politik in Großbritannien unter Premierministerin Margaret Thatcher und zum anderen die *Reaganomics*, die US-Präsident Ronald Reagan in seinen beiden Amtszeiten vorangetrieben hat. In der Folge tiefgreifender wirtschaftlicher Krisen noch aus den siebziger Jahren, sahen sich sowohl Großbritannien wie auch die USA mit einem immensen Reformbedarf konfrontiert, um ihre Wirtschaften wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Entsprechend der neoliberalen Vordenker Hayek und Friedman hatte sich auch in den Augen der jeweiligen Regierungen eine keynsianistische, antizyklisch ausgerichtete staatliche Interventionspolitik als untauglich erwiesen, die Wirtschaftskrise nachhaltig zu beheben und für Wachstum zu sorgen. Stattdessen setzten sowohl Thatcher (in mittlerweile berüchtigter Rhetorik: “There is no alternative.”) wie auch Reagan einen Maßnahmenkatalog durch, der durch Steuersenkungen bei Spitzensteuersätzen, Beschneidungen bei wohlfahrtstaatlichen Programmen, Rücknahmen bei gewerkschaftlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie der Inkaufnahme steigender sozialer Ungleichheiten gekennzeichnet war.⁶³ In der Summe wird hier jener Markenkern neoliberalen Denkens sichtbar, wie er von Hayek und Friedman begründet worden war: eine Rücknahme staatlicher Verantwortung, außer im Bereich der allgemein verbindlichen Regelsetzung und Überwachung derselben, und die Übernahme dieser Funktionen durch die marktrational konzipierten Individuen.

Ein nächstes Großprojekt dieser radikalen Individualisierung von Lebensrisiken und Gestaltungsaufträgen war für Brown die Mitte der neunziger Jahre von US-Präsident George W. Bush angestoßene Reformpolitik der *Ownership Society*. Darin propagiert Bush in An-

⁶² Vgl. zur Auflistung der neoliberalen Politikprojekte in Ansätzen Brown 2003: 31.

⁶³ Vgl. zum *Thatcherism* Dixon 2000 für die intellektuellen Grundlagen, Geppert 2002 für die parteipolitische Verankerung und Giddens 1999: 18 für eine differenzierte Aufnahme von Einzelmerkmalen; vgl. mit Blick auf die *Reaganomics* ausführlich Hickel 1987.

knüpfung an den britischen Konservatismus die klassisch utilitaristische Vorstellung, wonach, wenn jeder sich um sein Wohlbefinden kümmere, damit auch das größtmögliche, aufsummierte Wohlbefinden der Gesamtgesellschaft erzielt werden könne. Wohlbefinden wiederum definiert sich über die Verfügbarkeit von Ressourcen:

„We're creating ... an ownership society in this country, where more Americans than ever will be able to open up their door where they live and say, welcome to my house, welcome to my piece of property.“⁶⁴

Indem jedes Individuum zu einem *stakeholder* am Staat werde, so die Annahme, stellt das insofern eine adäquate Form gesellschaftlicher Teilhabe dar, als damit gleichsam die Frage nach der Verteilung materieller Ressourcen beantwortet wird. Dass diese Vorstellung eine der normativ-demokratisch gedachten politischen Gemeinschaft diametral entgegengesetzte Konzeption isolierter und atomisierter Anteilseigner formuliert, deren Interessenlage eine egoistische, nicht aber eine gemeinschaftsbezogene ist, macht sie dem neoliberalen Freiheitsparadigma kompatibel.

Ebenso dem neoliberalen Freiheitsparadigma kompatibel sind die sich parallel dazu in Teilen der europäischen Sozialdemokratie durchsetzenden Begründungserzählungen – namentlich in Deutschland unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, aber auch in Großbritannien unter Premierminister Tony Blair. Diese propagieren eine unter den Stichworten *Agenda 2010* oder *New Labour* bekannt gewordene Politik, die als *Dritter Weg* zwischen einem entfesselten kapitalistischen Markt einerseits und einer intensiven sozialpolitischen Gestaltungstätigkeit des Staates andererseits vorgestellt wurde.⁶⁵ In Deutschland wurde in diesem Zusammenhang ein neues sozialpolitisches Leitbild des Förderns und Forderns etabliert: Der Staat habe die Pflicht, für eine knapp bemessene Grundversorgung seiner Bürger („Hartz IV“) aufzukommen, allerdings nur, wenn die Bürger ihrerseits – ganz im Sinne der bei Foucault skizzierten Selbstperfektionierung – beständig die Marktfähigkeit ihrer Arbeitskraft aufrechterhalten und ausweiten. Daraus resultiert jenes Kontrollregime in der Sozialpolitik, das der neoliberalen Vorstellung des auf Überwachungs- und Kontrolltätigkeiten reduzierten Staates entspricht.

Ein letztes Projekt entlang dieses *roten Fadens* neoliberal ausgerichteten Begründens liegt schließlich mit der seit Eintritt der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise betriebenen *Austeritätspolitik* vor.⁶⁶ *Austeritätspolitik*, wie sie in Folge des Zusammenbruchs des

⁶⁴ Bush 2004.

⁶⁵ Vgl. Giddens 1999.

⁶⁶ Vgl. hierzu ausführlich Clarke/Newman 2012, die verschiedene diskursive Strategien nachzeichnen, die unter dem Schlagwort *Austerity* rubriziert werden können. *Austerity* selbst wird dabei als kommunikatives Element einer umfassenderen neoliberalen Ideologie begriffen, das

Bankhauses *Lehman Brothers* am 15. 9. 2008 zur Eindämmung der Krise flächendeckend in den OECD-Ländern betrieben wird, fügt sich insofern in die hier vorgestellte Dimension von Ökonomisierung als Begründung, als dass die radikale Einschränkung von Staatstätigkeit als einzig angemessenes Instrument zur Krisenintervention propagiert wird. Exemplarisch verdeutlichen lässt sich eine solche Begründungsstrategie anhand der im deutschen Kontext häufig gebrauchten Metapher der „schwäbischen Hausfrau“, die als Personifikation von strategischer Klugheit und Sparsamkeit dargestellt wird. Dass der Vergleich einer sparsamen Haushaltsführung im Privatbereich mit den Investitionserfordernissen einer ganzen Volkswirtschaft nicht tragen könnte, wird in der Begründungserzählung ausgeblendet. Vielmehr wird hier für komplexe wirtschaftliche Probleme, deren tatsächliche Zusammenhänge auch von Experten kaum adäquat und schon gar nicht einheitlich beschrieben werden können, eine einfache, vom ‚Bürger auf der Straße‘ intuitiv nachvollziehbare Lösung vorgeschlagen: Geld, das man nicht hat, gibt man nicht aus. An diesem Punkt übertritt die neoliberale Ökonomisierung als Begründungserzählung die Schwelle zum Populismus, insofern hier Kausalitäten behauptet werden, die so radikal vereinfacht sind, dass sie den realen Sachzusammenhängen nicht mehr entsprechen und somit Lösungsoptionen suggerieren, die in der Realität nicht verfangen würden. Zudem wird durch populistische Argumente die Regelungskompetenz der Politik weiter in Frage gestellt, da sich hier – in der öffentlichen Wahrnehmung – Politiker als ‚unfähig‘ erweisen, auch nur ‚einfachste Problemlösungen‘ zu erkennen und umzusetzen. Damit unterminiert diese spezifische Form von Ökonomisierung nicht nur die Glaubwürdigkeit einer etwaigen Konkurrenzserzählung, sie greift auch die institutionelle Dimension von Politik unmittelbar an.

In der Zusammenschau dieser Neoliberalismen, und dabei insbesondere der konkreten Begründungserzählungen neoliberaler Ökonomisierung, wird zweierlei deutlich. Die offene Konstruktion neoliberaler Argumente ermöglicht – ohne dabei die gemeinsame Anschlussfähigkeit an einen identitären Markenkern zu verlieren – die Implementierung neoliberaler Politiken in unterschiedlichsten Entscheidungskontexten und mit je unterschiedlichem Output. In jedem einzelnen Projekt lassen sich jedoch Spuren des neoliberalen Markenkerns – Reduktion von Staatstätigkeit sowie Aufwertung individueller Verantwortung – wiederfinden, so dass die neoliberale Begründungserzählung in kollektiv verbindlichen Entscheidungszusammenhängen – wie von Wendy Brown vorgeschlagen – tatsächlich als eine *offene Ideologie* beschrieben werden kann.

als allgemein gültige Lösung für Staatsüberschuldung ausgegeben wird.

4. Ökonomisierung als das Ende des Politischen?

Der Neoliberalismus sei, so hat Bettina Lösch überzeugend argumentiert, deswegen so erfolgreich gewesen, weil er die Leere, welche die empfundenen oder tatsächlichen Defizite repräsentativer Demokratien bei den Bürgern in den letzten Jahren verursacht haben, ausfüllt.⁶⁷ Der Neoliberalismus als „politische Rationalität“ in der „Marktdemokratie“⁶⁸ ist demnach nur so stark, wie die repräsentative Demokratie das zulässt. Dass manche Publikationen schon den „totalen Markt“⁶⁹ diagnostizieren, verdeutlicht folglich nicht so sehr die Leistungsfähigkeit ökonomischer Organisationsprinzipien, sondern vielmehr den fortschreitenden Rückzug der repräsentativen Demokratie, also ihre „De-Democratization“⁷⁰. Das, was im Rahmen dieses Aufsatzes als Begründungsdimension von Ökonomisierung analysiert worden ist (also ein von anderen begrifflichen Settings inhaltlich unterscheidbares, durch diskursive Praktiken sich manifestierendes Verfahren zur intersubjektiven Plausibilisierung von Entscheidungen, die zunehmend in den Raum des Politischen eindringen) hat empirisch betrachtet seit rund vier Jahrzehnten Karriere gemacht. Begreift man diese Begründungsdimension von Ökonomisierung, die, wie Wendy Brown betont hat, als konstruktivistische Erzählung immer wieder neu hervorgebracht werden muss und wandelbar ist, als komplementäres Phänomen zum Begriff des Politischen, dann entspinnt sich eine Deutungskonkurrenz über die Gestaltung des Zusammenlebens jeder Pluralität von Menschen, und zwar auf Augenhöhe.

Schon Max Weber hat – wenn auch in Unkenntnis des modernen Neoliberalismus – das letztlich *unmenschliche* Veränderungspotenzial einer primär aus zweckrationalen Motiven organisierten Gesellschaft angedeutet. In der *Protestantischen Ethik* schreibt er:

⁶⁷ Vgl. Lösch 2007: 239: „Neoliberale Formeln sind vor allem deshalb so anschlussfähig an das Alltagsdenken der Menschen, weil sie gegenwärtige Problemlagen des Staates und der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie aufgreifen. Wer hat keine Einwände gegenüber einem Übermaß an Bürokratismus, gegenüber dem Lobbyismus oder gegenüber den Fehlentwicklungen der Parteiendemokratie?“, vgl. auch Ptak mit Blick auf die Anschlussfähigkeit der Plausibilisierung von Marktmechanismen an Alltagsverständnisse: Ptak 2007: 48.

⁶⁸ Brown 2012: 59.

⁶⁹ Vgl. Schui 1997: 86.

⁷⁰ Brown 2006: 693, 705.

„(...) vor allem ist das ‚*summum bonum*‘ dieser ‚Ethik‘, der *Erwerb* von *Geld* und immer mehr Geld, unter strengster Vermeidung alles unbefangenen Genießens, so gänzlich aller eudämonistischen oder gar hedonistischen Gesichtspunkte entkleidet, so rein als *Selbstzweck* gedacht, daß es als etwas dem ‚Glück‘ oder dem ‚Nutzen‘ des einzelnen *Individuums* jedenfalls gänzlich Transzendentes und schlechthin Irrationales erscheint. Der Mensch ist auf das Erwerben als Zweck seines Lebens, nicht mehr das Erwerben auf den Menschen als Mittel zum Zweck der Befriedigung seiner materiellen Lebensbedürfnisse bezogen.“⁷¹

Was Max Weber schon 1904/05 als Verkehrung der Zweck-Mittel-Relation von Politik und Ökonomie diagnostiziert, führt hier abschließend zu der Frage, was die Karriere der Ökonomisierung als Komplementär- oder Konkurrenzprinzip des Politischen in ihrer Konsequenz bedeuten mag.

Wenn Ökonomisierung in der Bedeutungsdimension einer hegemonial gewordenen Begründungserzählung als Krise, als Bedrohung⁷² oder auch als „Funktionsstörung“⁷³ demokratischer Praxis identifiziert wird, dann speist sich eine solche Diagnose zumeist aus einer normativen demokratiethoretischen Aufladung des jeweiligen Beobachtungsstandpunktes. Normative Demokratiethorien betrachten argumentative Praktiken oder Strategien, die sie wegen ihrer Orientierung am Leitbild des *Homo oeconomicus* als *ökonomisch* oder *neoliberal* bezeichnen, als mit demokratischen Normen und Verfahren unvereinbar. Ökonomisierung, so die Annahme, die aus jeweils unterschiedlicher Perspektive von der *Postdemokratie* bis hin zur *Radikalen Demokratiethorie* geteilt wird, zersetzt Demokratie, so dass sie als schädlich bis destruktiv für den Fortbestand repräsentativer Demokratien westlichen Typs – die im ökonomisierten Zustand dann eben im doppelten Sinne „*democracy incorporated*“⁷⁴ sind – eingeschätzt wird.

Die Theorierichtung der *Postdemokratie* geht ganz grundlegend vom Zerfall der politischen Sphäre aus. Während die ursprünglich aktiv teilnehmende Öffentlichkeit zu einer „politische Inszenierung“⁷⁵ degeneriert sei, die keine relevanten gestalterischen Einflüsse mehr auszuüben vermag, weil sie von echter Entscheidungsmacht entkoppelt ist, findet hartes politisches Entscheiden in der „realen Politik“⁷⁶ statt. Der Unterschied zwischen diesen beiden Sphären manifestiert sich seinerseits anhand der Zuordnung von Macht/Ohnmacht, zum anderen anhand des Zugangs zu entscheidungsfähiger Macht, der

⁷¹ Weber 2000: 15.

⁷² Vgl. Crouch 2008: 157.

⁷³ Jörke 2005: 482.

⁷⁴ So der in diesem Zusammenhang sehr treffende Titel des Buches von Wolin 2008.

⁷⁵ Crouch 2008: 10; vgl. hierzu auch ausführlich Jörke 2005: 483-484.

⁷⁶ Crouch 2008: 10.

exklusiv oder allgemein geöffnet sein kann. Der exklusive Zugang zu politisch relevanter Macht werde dabei, so Crouch, von „gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten“⁷⁷ besetzt:

„Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind (und heute sogar in vielerlei Hinsicht weiter ausgebaut werden), entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für vor-demokratische Zeiten: Der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu (...).“⁷⁸

Damit ergibt sich aus Sicht der Postdemokratie ein manifester Widerspruch zum (liberal-)demokratischen Ideal von Egalitarismus und Pluralismus, wonach politische Entscheidungen jedem Staatsbürger⁷⁹ gleichermaßen zugänglich sein sollten. Gegenwärtig, so die Diagnose, erscheint der Zugang zu echten Entscheidungskapazitäten vielmehr als ein meritokratisches Gut, das eine kleine, oligarchische Elite⁸⁰ – und hierbei insbesondere die transnationalen Konzerne⁸¹ – unter sich aufteilt. So kann – was etwa Jürgen Habermas allerdings noch ohne den Hintergrund neoliberalen Ökonomisierung zutreffend tut – von einer *Refeudalisierung* des Politischen gesprochen werden.

Auch Jacques Rancières Demokratieverständnis berührt in einem ganz entscheidenden Punkt dieses radikal ausschließende, sich mehr und mehr festsetzende, entlang ökonomischer Verfügbarkeit gerinnende Ungleichgewicht von Macht und Ohnmacht, von Exklusivität und Allgemeinheit. Indem die von der Ausschließung profitierenden Eliten versuchten, die mit dieser Praxis einhergehende Verohnmachtung der Mehrheit der Staatsbürger zu verschleiern, nehme ihr Bestreben zu, Demokratie als eine konsensuelle Praxis, angeleitet durch eine wohlwollende Regierung, zu deklarieren.⁸² Damit maßen sie sich eine Superiorität an, die Rancières Demokratievorstellung eines „Anfangens ohne Anfang, der Herrschaft des nicht Herrschenden“⁸³ zuwiderläuft. Auf diese Weise fokussiert Rancière weniger den Tatbestand der Suspendierung von Gleichheit und Teilhabe selbst, sondern

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Ebd.: 13.

⁷⁹ Darauf, dass die Verohnmachtung der Staatsbürger auch selbstverschuldet sein könnte, hat Sheldon Wolin im Rahmen seiner Analyse der demokratiezersetzenden Wirkungen des sogenannten „Konsumismus“ hingewiesen. Vgl. Wolin 2001.

⁸⁰ Hinsichtlich der Begrifflichkeit einer „demokratischen Fürsteherrschaft“ vgl. auch Zolo 1997: 139.

⁸¹ Vgl. Crouch 2011: 79: „Die Verflechtung von Unternehmen mit Staat und Politik stellt für eine Marktwirtschaft immer ein Problem dar. (...) Entscheidend für uns ist das politische Problem, das Markt Giganten darstellen, da die marktbeherrschende Stellung mit politischem Einfluss einhergehen kann und transnationale Unternehmen zuweilen in der Lage sind, Staaten gegeneinander auszuspielen.“

⁸² Vgl. hierzu ausführlicher Meyer 2010: 23 f.

⁸³ Rancière 2008: 16. Weiter heißt es dort: „Die Demokratie ist die spezifische Situation, wo es die Abwesenheit des Anspruchs ist, die den Anspruch zur Ausübung der *arche* verleiht.“

den Versuch, diese Suspendierung zu überdecken:

„Konsensuelle Demokratie (...) (ist eine Politik, die) unter dem Namen der Demokratie die konsensuelle Auslöschung der Formen demokratischen Handelns geltend macht.“⁸⁴

Eine solche Praxis führt, so Rancières Kritik, zu einer Homogenisierung des Politischen, was der real vorfindbaren Pluralität menschlichen Seins und dem damit notwendig konfliktiven Austrag dieses Seins widerspricht. Denn mit der Homogenisierung eines ansonsten radikal heterogenen Raumes⁸⁵ verschwindet eben nicht die Pluralität der Menge – sie wird unterdrückt. Indem er also Homogenisierung als eine Form der Unterdrückung identifiziert, die es bereits geschafft hat, die repräsentativ-demokratischen Institutionen zu unterwandern, erweist sich die gegenwärtige Form von Demokratie selbst als eine Formation institutionalisierter Gewalt. Es ist diese Diagnose einer schleichenden Homogenisierung des Politischen mit der Konsequenz einer „Demokratieentleerung“⁸⁶, die auch für die *radikale Demokratietheorie* anknüpfungsfähig ist. Im Rahmen einer neoliberalen Ökonomisierung, der bereits Ralf Dahrendorf aus klassisch liberaler Perspektive die Tendenz zu einem „schleichenden Autoritarismus“⁸⁷ attestiert hat, hat sich demnach das Politische – verstanden als der permanente, prozesshafte Austrag von Konflikten – entpolitisiert beziehungsweise ökonomisiert. – „Nicht mehr Markt – wie die Rechtfertigungsideologie behauptet –, sondern mehr *Marktmacht* ist die Folge.“⁸⁸ Was Hickel hier im Sinne einer manifesten „Kontrollverschiebung“⁸⁹ in der Verantwortung für kollektiv verbindliche Entscheidungsfindung, weg von der nationalstaatlichen Politik, hin zu einem globalisiert agierenden Kapital beschreibt, vermag anzudeuten, worum es in der Sphäre des *Politisch-Ökonomischen* aus demokratischer Sicht künftig gehen muss: um die Rückgewinnung von Deutungshoheit und Gestaltungsmacht. Aus dieser Sicht ist es strategisch nur konsequent, wenn Colin Crouch, analog zur Globalisierung des Kapitals, die Inter- beziehungsweise Supranationalisierung der Politik einfordert:

„Wir müssen Institutionen schaffen, die auf supranationaler Ebene agieren. In Europa tun wir uns leicht damit, wir haben die EU. Aber das reicht nicht. Wir brauchen eine globale Regierung (...).“⁹⁰

⁸⁴ Rancière 2002: 105, 111.

⁸⁵ Hier wäre auf die Parallelen zu Lyotards Auffassung, wonach sich die Postmoderne durch das Ende der vereinheitlichenden, „großen Erzählungen“ auszeichne, ebenso hinzuweisen, wie auf Derridas Betonung erkenntnistheoretischer Betonung der Dekonstruktion; vgl.

⁸⁶ Klein / Heitmeyer 2011: 364.

⁸⁷ Dahrendorf 2002: 127.

⁸⁸ Hickel 1987: 188, Hervorhebung im Original.

⁸⁹ Klein / Heitmeyer 2011: 362.

⁹⁰ Crouch 2012.

Man mag derlei Äußerungen – auch wenn sie mit Blick auf das kantianische Erbe der normativen Republikvorstellung bei Crouch durchaus folgerichtig sind – als erratisch abtun, allzumal sie in einem gewissen Widerspruch zur Postdemokratiediagnose selbst stehen, die schon die Bereitschaft zu politischem Engagement im Sinne einer aktiven, partizipativen Kultur als verkümmert beklagt. Andererseits: Ist die Perspektive einer politischen Veranstaltung der globalen Herrschaft transnationaler Konzerne als nicht sehr unwahrscheinliches Ergebnis ökonomisierungsbedingter Entdifferenzierung verlockender? Und ist die mit einer *World Inc.* zugemutete Unfreiheit nicht wesentlich dramatischer, erdrückender, als es die selbstgewählte Beschränkung der Freiheit in der Demokratie⁹¹ jemals sein könnte? Wenn man beide Fragen verneint, dann wäre die hier entfaltete Vorstellung von Ökonomisierung als Begründung nicht gleichbedeutend mit dem schleichenden Ende des Politischen, sondern eher der Aufruf zur erneuten Ausdifferenzierung von Begründungen in kollektiv verbindlichen Entscheidungsprozessen.

⁹¹ Vgl. hierzu Brown 2012: 70 f.

Literatur

- Abensour, Miguel (2012): Demokratie gegen den Staat. Marx und das machiavellische Moment. Aus dem Französischen von Andrea Hemminger, Berlin.
- Agamben, Giorgio (2008): Was ist ein Dispositiv?, Frankfurt (Main).
- Altenried, Moritz (2012): Aufstände und Rassismus und die Krise des Kapitalismus. England im Ausnahmezustand, Münster (Reihe: Systemfehler, Bd. 2).
- Arendt, Hannah (1998): The Human Condition. With an Introduction by Margaret Canovan. 2nd Edition, Chicago/London.
- Arendt, Hannah (1993): Was ist Politik? In: Dies., Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß. Herausgegeben von Ursula Ludz. Vorwort von Kurt Sontheimer, München/Zürich, S. 9-12.
- Bell, Daniel (1976): Die kulturellen Widersprüche des Kapitalismus
- Bernhard, Armin (2007): Bildung als Ware – Die Biopiraterie in der Bildung und ihr gesellschaftlicher Preis. In: Utopie kreativ, H. 197, S. 202-211.
- Bourdieu, Pierre (1996): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Übersetzt von Bernd Schwibs und Achim Russer. 8. Auflage, Frankfurt (Main).
- Bourdieu, Pierre/Wacquant, Loic (2000): Schöne neue Begriffswelt. In: Le Monde diplomatique, No. 6140 vom 12.5.2000, S. 7.
- Brown, Wendy (2012): Wir sind jetzt alle Demokraten... In: Agamben, Giorgio u.a.: Demokratie? Eine Debatte, Berlin, S. 55-71.
- Brown, Wendy (2006): American Nightmare: Neoliberalism, Neoconservatism, and De-Democratization. In: Political Theory, 34 (6), S. 690-714.
- Brown, Wendy (2005): Edgework: critical essays on knowledge and politics, Princeton.
- Brown, Wendy (2003): Neo-liberalism and the End of Liberal Democracy. In: Theory & Event, 7(1), http://muse.jhu.edu/journals/theory_and_event/v007/7.1brown.html (31.10.2012).
- Buchstein, Hubertus / Nullmeier, Frank (2006): Einleitung: Die Postdemokratie-Debatte. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19(4), S. 16-22.
- Bush, George W. (2004): President's Remarks to the National Association of Home Builders, Greater Columbus Convention Center, Columbus, Ohio, 2.10.2004. <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2004/10/20041002-7.html> (31.10.2012).
- Butterwegge, Christoph (2007): Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik. Ders./Lösch, Bettina/Ptak, Ralf, Kritik des Neoliberalismus. Unter Mitarbeit von Tim Engartner, Wiesbaden, S. 135-220.
- Clarke, John/Newman, Janet (2012): The Alchemy of Austerity. In: Critical Social Policy, 32(3), S. 299-319.
- Cooper, Melinda (2008): Live as Surplus. Biotechnology & Capitalism in the Neoliberal Era, Seattle/London.
- Crouch, Colin (2012): Der alte Konflikt zwischen Arbeit und Kapital kehrt zurück. Interview mit Catherine Hoffmann. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 248 vom 26.10.2012.

- Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II, Berlin.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt (Main).
- Dahrendorf, Ralf (2002): Die Krise der Demokratie. Ein Gespräch, München.
- Diaz-Bone, Rainer/Krell, Gertraude (2009): Einleitung. In: Dies. (Hg.), Diskurs und Ökonomie. Diskursanalytische Perspektiven auf Märkte und Organisationen, Wiesbaden, S. 9-34.
- Dixon, Keith (2000): Die Evangelisten des Marktes – Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus, Konstanz.
- Dumont, Louis (1991): Individualismus. Zur Ideologie der Moderne, Frankfurt (Main)/New York.
- Foucault, Michel (2004a): Naissance de la biopolitique: cours au Collège de France, 1978–1979, éd. par M. Sennellart sous la direction de F. Ewald et A. Fontana, Paris.
- Foucault, Michel (2004b): Sécurité, territoire, population: Cours au Collège de France, 1977–1978, éd. par M. Sennellart sous la direction de F. Ewald et A. Fontana, Paris.
- Foucault, Michel (2003): Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Band III: 1976-1979. Herausgegeben von D. Defert und F. Ewald unter Mitarbeit von J. Lagrange. Aus dem Französischen von Michael Bischoff, Hans-Dieter Gondek, Hermann Kocyba und Jürgen Schröder, Frankfurt (Main).
- Friedman, Milton (1976): Kapitalismus und Freiheit, München.
- Geppert, Dominik (2002): Thatchers konservative Revolution: der Richtungswandel der britischen Tories 1975–1979, Oldenburg (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts in London, Bd. 53).
- Giddens, Anthony (1999): Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt (Main).
- Gittermann, Alexandra (2008): Die Ökonomisierung des politischen Denkens. Neapel und Spanien im Zeichen der Reformbewegungen des 18. Jahrhunderts unter der Herrschaft Karls III., Stuttgart (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 113).
- Grenier, Jean-Yves/Orléan, André (2007): Michel Foucault, l'économie politique et le libéralisme. In: Éditions de l'E.H.E.S.S. Annales. Histoire, Sciences Sociales, 62(5), S. 1155–1182.
- Habermas, Jürgen (1982): Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und der Bundesrepublik. Über eine Bewegung von Intellektuellen in zwei Kulturen. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, 36(11), S. 1047-1061.
- Hayek, Friedrich August von (2004): Wissenschaft und Sozialismus. In: Gesammelte Schriften in deutscher Sprache: Abt. A, Aufsätze, Bd. 7. Tübingen.
- Hayek, Friedrich August von (1971a): Die Verfassung der Freiheit, Tübingen.
- Hayek, Friedrich August von (1971b): Der Weg zur Knechtschaft, München.
- Hessel, Stéphane (2011a): Empört Euch! Aus dem Französischen von Michael Kogon, Berlin.
- Hessel, Stéphane (2011b): Engagiert Euch! Stéphane Hessel im Gespräch mit Gilles Vanderpooten. Aus dem Französischen von Michael Kogon, Berlin.
- Hickel, Rudolf (1987): Ein neuer Typ der Akkumulation? Anatomie des ökonomischen Strukturwandels – Kritik der Marktorthodoxie, Hamburg.

- Hirschman, Albert O. (1986): *Rival views of market society and other recent essays*, New York.
- Jörke, Dirk (2005): Auf dem Weg zur Postdemokratie. In: *Leviathan* 33(4), S. 482-491.
- Kant, Immanuel (1795/1981): Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. In: *Kant. Werke in zehn Bänden*. Herausgegeben von Wilhelm Weischedel, Band 9: *Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik*, Darmstadt, S. 191-251.
- Klein, Anna/Heitmeyer, Wilhelm (2011): Demokratieentleerung und Ökonomisierung des Sozialen: Ungleichwertigkeit als Folge verschobener Kontrollbilanzen. In: *Leviathan* 39(3), S. 361-383.
- Klein, Naomi (2009): *Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*. Aus dem Englischen übersetzt von Hartmut Schickert, Michael Bischoff und Karl Heinz Siber, Frankfurt (Main).
- Lemke, Thomas/Krasmann, Susanne/Bröckling, Ulrich (2000): Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. In: Dies. (Hg.), *Gouvernamentalität der Gegenwart*. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt (Main), S. 7-40.
- Lösch, Bettina (2007): Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie. In: *Butterwege, Christoph/Dies./Ptak, Ralf, Kritik des Neoliberalismus*. Unter Mitarbeit von Tim Engartner, Wiesbaden, S. 221-283.
- MacPherson, Crawford B. (1973): *Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke*. Aus dem Englischen von Arno Wittekind, Frankfurt (Main).
- Marx, Karl (1844/1970): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: *Marx Engels Werke*, Band 1, Berlin (Ost), S. 378-391.
- Meyer, Katrin (2010): Kritik der Postdemokratie. Rancière und Arendt über die Paradoxien von Macht und Gleichheit. In: *Leviathan*, 39(1), S. 21-38.
- Mouffe, Chantal (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt (Main).
- Pelizzari, Alessandro (2001): Die Ökonomisierung des Politischen. *New Public Management und der neoliberale Angriff auf die öffentlichen Dienste*, Konstanz (*Raisons d'agir*, herausgegeben von Pierre Bourdieu und Franz Schultheis, Bd. 6).
- Polanyi, Karl (1978): *The great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt (Main).
- Ptak, Ralf (2007): Grundlagen des Neoliberalismus. In: *Butterwege, Christoph/Lösch, Bettina/Ders., Kritik des Neoliberalismus*. Unter Mitarbeit von Tim Engartner, Wiesbaden, S. 13–86.
- Rancière, Jacques (2008): *Zehn Thesen zur Politik*. Aus dem Französischen von Marc Blankenburg, Zürich/Berlin.
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt (Main).
- Rosanvallon, Pierre (2006): *La contre-démocratie. La politique à l'âge de la défiance*, Paris.
- Rousseau, Jean-Jacques (2011): Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts. In Zusammenarbeit mit Eva Pietzcker übersetzt und herausgegeben von Hans Brockard, Stuttgart.
- Sandel, Michael J. (2012): *What money can't buy. The moral limits of markets*, New York.

- Schui, Herbert u.a. (1997): Wollt ihr den totalen Markt? – Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München.
- Smith, Adam (1776/1974): Der Wohlstand der Nationen. Neu aus dem Englischen übertragen und mit einer Würdigung von Horst Claus Recktenwald. 4 Bände, München.
- Unsichtbares Komitee (2010): Der kommende Aufstand. Aus dem Französischen übersetzt von Elmar Schmeda, Hamburg.
- Weber, Max (2000): Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus. Textausgabe auf der Grundlage der ersten Fassung von 1904/05 mit einem Verzeichnis der wichtigsten Zusätze und Veränderungen aus der zweiten Fassung von 1920 herausgegeben und eingeleitet von Klaus Lichtblau und Johannes Weiß. 3. Auflage, Weinheim.
- Wegner, Gerhard (2012): Ökonomischer Liberalismus als politische Theorie. Befund, Rekonstruktion, Kritik, Tübingen (Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik. Herausgegeben vom Walter-Eucken-Institut, Bd. 62).
- Wolin, Sheldon (2008): Democracy incorporated: managed democracy and the specter of inverted totalitarianism, Princeton.
- Wolin, Sheldon (2001): Tocqueville between two worlds, Princeton/Oxford.
- Wright, Vincent (1994): Reshaping the State: The Implications for Public Administration. In: West European Politics, 17(3), S. 102-137.
- Zintl, Reinhard (2007): Friedrich August von Hayek. Die Verfassung der Freiheit. In: Stammes, Theo/Riescher, Giesela/Hofmann, Wilhelm (Hg.): Hauptwerke der Politik. 2., durchgesehene und erweiterte Ausgabe, Stuttgart.
- Zolo, Danilo (1997): Die demokratische Fürstenherrschaft: Für eine realistische Theorie der Politik, Göttingen.

Schriftenreihe des Verbundprojekts
„Postdemokratie und Neoliberalismus“

Auswahl der Diskussionspapiere
(Stand November 2012)

- Nr. 1 Neoliberalismus und Postdemokratie: Bausteine einer kritischen Gesellschaftstheorie.
Gary S. Schaal & Claudia Ritzki
- Nr. 2 Die Ökonomisierung des Politischen.
Entdifferenzierungen in kollektiven Entscheidungsprozessen
Matthias Lemke

Die Arbeitspapiere können bestellt werden/The discussion papers can be ordered:
Helmut-Schmidt-Universität Hamburg
Forschungsprojekt Postdemokratie und Neoliberalismus
Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte
z. H. Susanne Kirst
Holstenhofweg 85
22043 Hamburg